

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Beilage oder deren Raum 60 Pfg., Verformungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 132.

Dienstag, den 10. Juni 1919.

26. Jahrg.

Die Verfassung der deutschen Republik.

An Stelle der Verfassung des Deutschen Reichs Bismarcks: Gepräges trat in den ersten Tagen der Nationalversammlung die Notverfassung der deutschen Republik. Diese soll nun durch eine alle Verhältnisse in Deutschland grundlegend bestimmende, der Gesetzgebung Richtung gebende Verfassung mit Festlegung der Grundrechte des deutschen Volkes abgelöst werden. Die neue Verfassung hat sicherlich nicht wenige Mängel. Sie bedürfte vor allem einer strafferen Zusammenfassung, einer juristisch klareren Ausdrucksform, einer sichereren Sprache. Es würde vielleicht besser sein, wenn sie kürzer wäre, was vor allem für die „Grundrechte des deutschen Volkes“ gilt. Die neue Verfassung ist trotz alledem ein großes und bedeutungsvolles Werk, wenn sie auch kein ideales Gesetzgebungsstück werden konnte. Was in den ereignisreichen Monaten seit dem Abbruch des Wilhelminischen Zeitalters auf dem Wege der Gesetzgebung und der Verwaltung der Reichs- und Landespolitik und auch der Parteipolitik zu Stande kam, sind Kinder der Not, gezeugt unter durchaus unruhigen und außergewöhnlichen Verhältnissen, notgedrungen geworden, nicht mit der gründlichen Ueberlegung, nicht mit der Kühnheit des Verstandes durchgeführt, wie man das wünschen könnte. Es fehlt die Sammlung, die nach einem furchtbaren Krieg nicht möglich ist. Bei erschütterlicher Not der Bevölkerung, bei heftiger Erregung der Massen und der Einzelnen mußten Gesetze gemacht werden. Die alte Herrschaft war zu vernichten und ein neues Deutschland sollte geschaffen werden.

Gesetzgeberische Werke, zu denen sonst Jahrzehnte erforderlich waren, schienen in wenigen Wochen verwirklicht und den gar mannigfachen Wünschen, die sich auf das äußerste widersprachen, angepaßt werden. Die mannigfachen Wünsche kamen zum Ausdruck nicht bloß als Wille und Hoffnungen sich entgegengesetzter Klassen. Auch innerhalb der Klassen, vor allem der Arbeiterklasse, gab es viele ungeläuterte Meinungen und deshalb sehr verschiedene, selbst in der Zeit seit dem Ausbruch der Revolution wechselnde Meinungen über die Aufgaben der Gesetzgebung, die vor allem in dem Verfassungswerte kritischeren saßen. Desto schwerer war die Arbeit des Gesetzgebers! Bewunderungswürdig ist die Leistung, daß Deutschland kaum mehr als ein halbes Jahr nach dem Ausbruch der Revolution nicht bloß eine Notverfassung, sondern eine, soweit Menschenwerk endgültig sein kann, festgelegte Verfassung haben wird. Das anzuerkennen wird jedem leicht sein, der sich den Schwerezeiten nicht verschließt, die ein so ungeheures Werk wie die Verfassung in sich birgt.

Wer die Verfassung, wie sie in diesen Tagen aus der Nationalversammlung hervorgeht, auch nur oberflächlich durchliest, wird sich klar sein, daß jeder einzelne Paragraph Gegenstand mannigfacher Ueberlegung beim Verfasser des Entwurfs, der ihn gegen seinen Willen gründlich überarbeiten mußte, beim Ministerium und beim Staatenschauschuß wie bei den einzelstaatlichen Regierungen und endlich und vor allem beim Verfassungsausschuß der Nationalversammlung gewesen war. Daß diese Werk, zu dem fast alle Vorarbeiten und Voraussetzungen fehlten, zu Stande kam, ist eine ganz außerordentliche Leistung, die freilich nicht mit dem Verfassungswerte und vor allem mit der Fassung der allgemeinen Menschenrechte verglichen werden kann, wie sie die große bürgerliche Revolution der Franzosen am Ende des 18. Jahrhunderts vollbracht hat.

Die Franzosen hatten vor 1789 Vorarbeiten für die Revolution gemacht, wie sie niemals einer politischen Umgestaltung eines Staatswesens vorgegangen waren. Franzosen hatten im Heere von Washington mitgekämpft, als sich die Neu-Englandstaaten vom Mutterlande lösten und die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrer für die damalige Zeit bewunderungswürdigen demokratischen Verfassung und mit dem Ausdruck der Grundrechte des amerikanischen Bürgers geschaffen wurden. Die Menschenrechte der französischen Verfassung hat ein französischer Mitkämpfer der großen amerikanischen Revolution, Lafayette, verfaßt. Auf französischem Boden wurde die Praxis der Amerikaner durch eine überaus lebendige Theorie des Staats- und Verfassungswesens, des Naturrechts wie der Rechtsphilosophie ergänzt.

Eine noch nicht übertroffene geistige Revolution war der politischen Revolution in der Zeit des extremsten Absolutismus eines Ludwig XIV. und XV. vorgegangen. In jenen Zeiten hat sich die Theorie des politischen Liberalismus und der äußersten Demokratie wie des reinen Verfassungsstaates in glänzender Reife entwickelt. Parallel damit ging ein Ausbau der naturrechtlichen Theorien wie der Volks-erziehung, der Kampf gegen die Autoritäten, die vor nichts zurückweichen wollten, was sie untergraben wollten, die alles in Frage stellten: Gott im Himmel, den König auf dem Thron, die Vorrechte des Adels, wie auch, wenn auch nur vereinzelt, den Anspruch auf den Besitz Montesquieu, Rousseau und Voltaire, Condorcet, Diderot und vor allem das riesige, von d'Alembert gewagte, von den größten Geisteskräften Frankreichs geleitete Werk der Encyclopédie, in der alle Fragen, vor allem die der staatlichen Ordnung, von einem, für jene Zeit extremen politischen Standpunkt behandelt werden sollten.

alle diese Vorläufer der Revolution erklären die hohen vor allem in der Form wunderbaren gesetzgeberischen Leistungen der Franzosen in der Zeit nach 1789.

Alle diese Vorläufer und Voraussetzungen haben uns gefehlt. Die deutsche Wissenschaft, vor allem die des Staatsrechts, war nichts anderes als die Verteidigung der herrschenden Ordnung, als die Beweihräucherung der Monarchie, als die Beweisführung, daß das Bismarcksche Staatensystem für Deutschland der politischen Weisheit tiefstes und endgültiges Ergebnis war. In der Bekämpfung des Parlamentarismus, in Verteidigung und Sicherung der Kronrechte, in dem Nachweis, daß die Verfassung der freie Willensausdruck und das selbstlose Geschenk der Monarchen sei, erschöpfte sich fast die „wissenschaftliche“ Betätigung der deutschen Staatsrechtslehrer.

Desto größer ist das Verdienst, die neue deutsche Verfassung trotz aller ihrer Mängel in so kurzer Zeit zustande gebracht zu haben. Hätte man so viele Vierteljahre Zeit gehabt als Monate, so hätte man sie vermutlich besser, einheitlicher, klarer machen können. Aber wir hatten keine Zeit.

Auch das Verfassungswort, zu dem wir uns jetzt bekennen müssen, steht unter dem Zwange der Entente. Sie will überall deutsches Gebiet aus dem Verbande der deutschen Republik trennen, sie will unser Land unter ihren Willen zwingen, sie magt zu fordern, daß unsere Gesetzgebung ihren Bedürfnissen angepaßt werde. Deshalb müssen wir, bevor wir zum Frieden Stellung nehmen, das Verfassungswort sichern. Deshalb müssen wir, durchaus nicht blind für die Mängel dieser Verfassung, aber gerecht und dankbar ihre Vorteile würdigend, der Verfassung zustimmen. Ihre innere und äußere Vollenbung wird die Aufgabe des kommenden Jahrzehntes sein. Nun müssen wir gegen die Entente den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen, indem wir diese Verfassung sichern. Deshalb muß sie rasch beschlossene und in der ihr von der Nationalversammlung zugebilligten Fassung der Abstimmung des deutschen Volkes unterworfen werden.

Ist die Verfassung beschlossen, so ist die wichtigste, die Lebensaufgabe der Nationalversammlung, erledigt. Sie hätte dann nur noch zum Frieden Stellung zu nehmen und ein neues Wahlgesetz zu verabschieden, auf Grund dessen der Deutsche Reichstag zu wählen wäre. Ob wir uns zu allen Sorgen und Aufregungen der kommenden Wochen und Monate noch eine Wahlbewegung aufhalten dürfen, muß grundsätzlich erwogen werden. Es wird in fast allen Parteien erörtert, ob man nicht die Nationalversammlung zum Reichstage umgestalten solle, wie das schon in Baden geschehen ist. Die Nationalversammlung darf aber nicht ihre eigenen Rechte über das Gebiet ausdehnen, das ihr durch das Votum der Wähler gegeben ist. Nur die Wähler können entscheiden, ob neuerdings und zwar noch in diesem Jahre zu wählen ist oder ob der Nationalversammlung für eine fest umgrenzte Zeit das Recht eingeräumt wird, als deutsche Volksvertretung weiter zu wirken. Dem Volke ist es abhängig zu machen, ob es wählen oder ob es erst in ein oder zwei Jahren wieder an die Wahlurne treten will, um sich eine neue Vertretung zu bestimmen.

So haben wir neben der Entschärfung über den Frieden, dem wir besondere Ausführungen widmen wollen, zwei Volksabstimmungen zu gewärtigen, wenn den demokratischen Bestimmungen, wie wir es für notwendig halten, Rechnung getragen wird: die erste Volksabstimmung über die neugeschaffene Verfassung der deutschen Republik und bald darauf, und, wie manche wollen, zugleich eine Volksabstimmung über das Fortbestehen der Nationalversammlung als Reichstag bzw. über die Ausschreibung der Wahlen zum ersten Reichstag der Deutschen Republik.

Vor der Entscheidung.

Das deutsche Volk ist auf die Antwort der Entente gespannt. Es erwartet einschneidende Änderungen des Vertrages, ja noch mehr, es fordert, daß man seinen Einwendungen Gehör schenkt und mündliche Beratungen pflegt. Groß sind die Hoffnungen nicht, die wir auf die Einsicht der Gegner setzen. Mag sein, daß durch die neuen Ereignisse in Frankreich der Zeitpunkt näher rückt, wo sich auch ein Clemenceau, Lloyd George oder Foch sagen muß, der Bogen dürfe nicht weiter gespannt werden. Jedenfalls wird die Antwort, die wir wahrscheinlich am Freitag zu erwarten haben, von weit entgegenkommendem, verständlicherem Geist nicht belebt sein. Wir wollen uns deswegen, ehe sich die Lage in Frankreich klärt, keinen allzu großen Hoffnungen hingeben und den harten Tatsachen ins Gesicht schauen. Die Wirklichkeit wird uns selbst bei weitgehendstem Entgegenkommen noch Schweres und Drückendes genug aufbürden.

Dieses Schwere empfindet man auch in Oesterreich, dessen Nationalversammlungspräsident erklärte, der Vertrag sei das Todesurteil des Landes. Staatssekretär des äußeren Bauer legte den Widerspruch der neu zusammengewürfelten Staatengemeinschaften dar und verlangte für die Lebensfähigkeit Oesterreichs den Anschluß an Deutschland. Die Entente habe allerdings die Nachmittel, Oesterreich jeden Frieden aufzuzwingen, aber der

Entwurf hätte nichts anderes als soziales und nationales Elend zur Folge, das zum endgültigen Zusammenbruch führe. Wie wenig Oesterreich in der Lage ist, diese Lasten zu tragen, ergibt sich schon daraus, daß sich Deutsch-Oesterreich verpflichten wollte, für eine 75-Millionen-Anleihe zum Bezug von Lebensmitteln den Grundbesitz der Stadt Wien, Salzbergwerke, Waldungen, Goldbestände und Wertpapiere als Sicherheiten zu geben.

Will die Entente also lebensfähige Schuldner behalten, muß sie schon dem Antrag der sozialistischen Gruppe des französischen Parlaments folgen, die die Erwartung ausdrückt, daß die Alliierten im Friedensvertrag Änderungen vornehmen, damit dieser eine Fassung erhalte, die den Voraussetzungen eines gerechten und dauernden Friedens entsprechen.

Diesen gerechten Frieden zu hintertreiben, gibt sich die chauvinistische Presse Frankreichs alle Mühe. Sie fordert sofortige Verhaftung aller sozialistischen Führer. Bei dieser Hege darf auch Herve nicht fehlen, der in der „Victoire“ an die Arbeiter die Frage richtet, ob sie denn gänzlich verrückt geworden seien. Er schreibt: Wir rufen den Pariser Arbeitern und Angehörigen zu: Es ist nicht Revolution, auf die Brodorski hofft, sondern Pflichtvergessenheit und Schande, zu der Euch schlechte Führer leiten! — Alle Achtung vor diesem verwandlungsfähigen „Sozialisten“, der zu Beginn der russischen Revolution schrie: Erst Sieg, dann Revolution! Nun ist es so weit und jetzt polaut dieser Engel: Erst Anebelung der ganzen Welt, dann die Peitsche!

Brodorski-Rançon

erklärte einem Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse“, er wisse von dem Stande der Verhandlungen nicht mehr als die übrige Welt, welche deutsche Zeitungen liest. Er glaube aber, daß Bemühung und Gerichtigkeit den Lauf der Dinge in die Rinte unserer Vorschläge legen wird und daß die Gegner dies erkennen und auf sie eingehen werden. Gleichzeitig sei er darauf vorbereitet, daß die Hoffnung sich nicht erfülle. Den Friedensvertrag, wie er am 7. Mai überreicht wurde, werde er nicht unterzeichnen und kleine Zugeständnisse nicht als wesentliche Änderungen betrachten. Wir unterzeichnen weder unser Todesurteil, noch die Aberkennung unserer Freirechte. Was geschahen werde, falls die Gegner kein Verständnis für unsere Vorschläge zeigten, wisse er nicht. Die neuesten Nachrichten über die Stellung der Alliierten ergaben nichts Positives.

Die Bewegung in Frankreich.

drängt gleichfalls zur Entscheidung. In Nordfrankreich sind den Bergarbeitern wesentliche Konzessionen gemacht worden, dagegen dauert der Transportarbeiterstreik an. Es ist zwar den Gesellschaften gelungen, den Verkehr in etwas erhöhtem Maße aufrechtzuerhalten, dank der Unterstützung durch die Regierung, welche Soldaten, die mit 15 Fr. täglich entlohnt werden, als Führer und Schaffner zur Verfügung stellt, was die Erbitterung der Streikenden erhöht hat. Die Untergrundbahn-Gesellschaft hatte an jeden Streikenden einen Brief gerichtet, monach diese entlassen seien, falls sie die Arbeit nicht sofort aufnehmen. Diese Drohung hat keinen anderen Erfolg gehabt, als daß die Verhaftung der Untergrundbahn zu einer Streikforderung erhoben wurde. Allgemein ist der Streik in den Gemischen Fabriken und fast allgemein in der Metallindustrie.

In einem Aufruf der „Confederation generale du travail“ werden die Arbeiter ermahnt, die politischen Forderungen nicht in den augenblicklichen Streik hinein zu tragen, sondern die internationale Verständigung mit Italien und England wegen der gemeinsamen großen Aktion abzuwarten. Die Regierung und das Parlament werden vor der Anwendung von Gewaltmaßnahmen gewarnt. Die Pariser Eisenbahner haben eine Tagesordnung angenommen, in der erklärt wird, daß die gegenrevolutionäre Aktion der Regierung lange genug gedauert habe. Die russischen, ungarischen und deutschen Revolutionäre täten nichts anderes, als das auch von den Franzosen verteidigte Prinzip der Expropriation der Kapitalisten zu fördern. Das Verhalten der Soldaten und Matrosen, welche ihre Mithilfe für die Regierung verweigert hätten, wird gebilligt, und es wird erklärt, man sei für eine sofortige Aktion, den Verkehr aller Truppen und Munitionszüge, mit Ausnahme der Uraabzüge, einzustellen, um die Unternehmungen der Regierung gegen die revolutionären Völker und gegen die desertierenden Soldaten zu vereiteln.

Die dritte Verstärkung der amerikanischen militärischen Polizei ist in Paris angekommen. Sie soll die französische Polizei unterstützen, falls die Streiks in Unruhen ausarten.

Agarische Freiheit.

Im Namen des brandenburgischen Landbundes forderte eine Deputation vom Reichsernährungsminister die Aufhebung der Zwangsirtschaft. Die Gesellschaft hatte die Kühnheit, sich dabei auf die Revolution zu berufen und eine Erhöhung des Schlichtungspreises um hundert Prozent zu fordern, während die Milchpreise ab Streife für den Liter mit 80 Pfg. berechnet werden sollen. Mit einem Butterpreis von 8 Mk. würden sie zufrieden sein. In der mitgebrachten Resolution hieß es, bei Nichtberücksichtigung könnten die Führer der Landwirtschaft von planloser Selbsthilfe nicht mehr abhalten.

Wie man sieht, ist den agrarischen Plünderern der Kampf gewaltig geschwollen. Einer Deputation, die mit einer solchen Annahme in dieser schweren Zeit auftritt, müßte eigentlich auf der obersten Treppenstufe Bedeutung werden, daß es für Laßtensche ein schnelles Beförderungsmittel gibt. Die Herren haben eine glimplichere Behandlung erfahren, wenn auch der Empfang entsprechend war. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ sagte der Minister u. a.:

„Diese Forderungen lehne ich in ihrer Gesamtheit rundweg ab. Ich erlaube, daß der Antrag lediglich aus dem Beweggrund gestellt ist, die Landwirte zu bereichern. Der Antrag ist eine Drohung und entbehrt jeglicher Sachlichkeit. Sobald der Friede da ist, werden wir die Maßnahmen zur Durchführung der Zwangswirtschaft bedeutend verschärfen, denn es genügt uns nicht, wenn von mindestens 21 Millionen Tonnen zu erfassender Kartoffeln noch nicht 10 Millionen erfasst werden könnten. Wenn wir dann nicht durchdringen, werden wir erstmals sämtliche Karbide rauschmeißen, die allein dafür verantwortlich zu machen sind. Die Fleischversorgung wird gebessert werden, denn wir haben Aussicht, jetzt 5000 Minder in der Schweiz zu kaufen. Die Mittel hierzu werden voraussichtlich den Heberhöfen der Viehhandelsverbände entnommen werden. Im weiteren Verlauf erklärte der Minister, daß ein langfristiger Abbau der Zwangswirtschaft geplant sei. Hafer wird gelockert, Öst und Gemüse werden frei, Hülsenfrüchte teilweise frei. Für die anderen Produkte aber wird die Zwangswirtschaft in verstärkter Weise durchgeführt. Ich erlaube aus der Resolution nichts weiter, als daß die Landwirtschaft sich ihre Lasten wieder einmal füllen will auf Kosten des arbeitenden Volkes. Die Landwirtschaft verdient ohnehin schon übermäßig.“

Auf die Frage der Abordnung, ob der Minister gewillt sei, ihre landwirtschaftliche Organisation bei der Bearbeitung der Maßnahmen für die Lebensmittelversorgung heranzuziehen, erklärte der Minister, daß die Landwirtschaft im Reichsernährungsamt im Gegensatz des Konsums schon mehr als es gut ist vertreten sei.

Die Antwort läßt nichts zu wünschen übrig. Es muß aber noch gehandelt werden. Denn die Agrarier fühlen zu denjenigen, die zur Weltgeschichte beigetragen haben und die nebenbei den Volkstörper skrupellos auslaugten und ausplünderten. Jetzt muß ein bitter Punkt geklärt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zentralrat gegen Verfassungsausgleich.

Der Verfassungsausgleich der deutschen Nationalversammlung hat in diesen Tagen über die Einigung des Räteorgans in die Verfassung beraten und sie in der bekannten Form beschlossen, wie sie auch von der Regierung als § 24a der Verfassung vorgelesen war. Der Zentralrat hält diese Form für vollständig ungenügend. Der Verfassungsausgleich hat die Festschließung des zweiten Rätekongresses, der die Schaffung von Kammern der Arbeit auf Grundlage berufständischer Wahlen fordert, auch nicht in der geringsten Weise Rechnung getragen. Die Abweisung des Reichswirtschaftsrats mit nur gutachtlicher Tätigkeit in wirtschaftlichen Fragen ist eine Halbheit, die weder den Interessen der Arbeiter, noch denen des gesamten deutschen Volkes gerecht wird. Sie ist keineswegs geeignet, die von allen Seiten gewünschte Verhütung zu bringen, sie wird vielmehr zu neuen schweren Komplikationen führen. Der Zentralrat richtet daher an das Plenum der Nationalversammlung die dringende Forderung, dem Vorschlag des Verfassungsausgleiches die Zustimmung zu verweigern und ersucht das Plenum, sich dem vom zweiten Rätekongreß gefaßten Beschluß, Kammern der Arbeit auf berufständischer Grundlage zu errichten, anzuschließen.

Der Zentralrat hat weiter den Beschluß gefaßt, daß das System der politischen und kommunalen Arbeiterräte zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften in Wirksamkeit bleiben solle, bis die Verwaltungsreform überall durchgeführt sei.

Eine internationale Nierenkündigung

gegen Völkerverdrängung fand in Berlin statt. In einem Pfingstankündigungsakt an alle Völker der Welt wurde eine Entschiedenheit für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Sturz der Völkerherrschaft gegen Gewalt und Schmachtrien von tausenden Männern und Frauen der internationalen Welt angenommen. Es sprachen Amerikaner, Ägypter, Chinesen, Indier, Sriänder, Perser, Türken, Turkestaner, Slaven, Albaner, Araber, Deutsche Redner sprachen für Deutsch-Ostreich, Elsaß-Lothringen, das Rheinland, die Dalmatien. Telegramme waren eingegangen von Bern, Genf und aus Ungarn.

Für eine Völkerbundsanleihe

plädiert Finanzminister Herzog. Nur durch die Internationalisierung der Kohlen und des Geldes könne das Wirtschaftslieben wieder in Gang kommen. Eine Weltgemeinschaft der Interessen fordere eine allgemeine Völkerbundsanleihe. Jedes Land hätte nach dem Umfang, in dem es für Ersatzarbeiten und Entschädigungen, Nahrung und Rohstoffe internationalen Kredit in Anspruch nimmt, Sicherstellungen in Steuern, realen Pfändern und andere Garantien zu leisten. Eine solche Anleihe würde das erste Anlagepapier der Welt sein. Durch die Einsetzung des Friedens auf den Völkerbundsbanken internationaler Solidarität macht man die unerschöpflichen wirtschaftlichen Ressourcen entbehrlich und sichert Frankreich seinen Wiederaufbau in souveräner Form, stellt seine Gläubiger zufrieden und gibt Deutschland Brot und Arbeit und damit die Möglichkeit, seine Verpflichtungen, denen es bis zum Tode nachleben wird, zu erfüllen. Man erhalte dann einen kommenden Weltfrieden auf dem Boden der Arbeitergemeinschaft und des Schaffens.

Soller darf nicht erschossen werden.

Weil Soline außer alles Erwarten in München erschossen wurde, fürchten meine Kreise der Arbeitererschaft auch um das Leben des jungen Soller. Die Genossen Müller und Wels haben Soller in Bern kennen gelernt und sind überzeugt, daß er — was ihm auch zur Last gelegt werden mag — aus reinem Idealismus gehandelt hat. Sie haben deshalb in einem persönlichen Telegramm des bayrischen Ministerpräsidenten Hoffmann an geben, ein eventuelles Todesurteil an Soller nicht vollstrecken zu lassen.

Der Berliner Proteststreik gegen die Entziehung Levines ist in voller Höhe verlaufen. Nachzutragen ist noch ein Wutausbruch der „Deutschen Tageszeitung“, die am Tage zuvor schrieb, das Gefühl der Verantwortlichkeit veriangt, daß der gewissenlosen Schurken, die uns in immer neues blutendes Elend hürzen, gründlich das Handwerk gelegt wird; deshalb werden wir eine Vergeltung solcher Blutschande und Volksfeinde für die schwerste Verurteilung am deutschen Volke halten. Es ist ja die „Deutsche Tageszeitung“ ausgezeichnet darüber orientiert, was Bluthunden und gewissenlosen Schurken, die das menschliche Volk in blutiges Elend

hürzen, gebührt. Vielleicht ringt sie sich auch bald zu der Erkenntnis durch, daß die „Bluthunde und gewissenlosen Schurken“, die die Urheber dieses ganzen blutigen Elends sind, welches über das deutsche Volk hereingebrochen ist, wie Ludendorff, Tirpitz usw. endlich einmal ihrem Richter zugeführt und die wohlverdiente Strafe für die schwerste Verurteilung am deutschen Volke erhalten. Das Gleiche gilt für den ehemaligen deutschen Kaiser, dessen Flucht nach Holland, um mit der Deutschen Tageszeitung zu sprechen, „nur als Ausfluß ebenso erbärmlicher wie törichter Feigheit“ erscheint.

Die Leiche Rosa Luxemburgs ist nach Berlin übergeführt.

Ein Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei wohnte dem Akte bei. Der Tag der Beisetzung ist auf den 13. Juni festgesetzt. Die Beerdigung findet auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt. Die Leiche wird neben Karl Liebknecht beigesetzt, inmitten der toten Kämpfer vom Januar.

Ungarn.

Einladung zur Friedenskonferenz. Die ungarische Räteregierung erhielt auf funken Telegraphischem Wege aus Prag eine französisch verfaßte Depesche, nach der die Vertreter der ungarischen Räteregierung von den Entente-Regierungen nach Paris zur Friedenskonferenz berufen und Ungarn aufgefordert wird, den Feldzug gegen die Tschechen zu beenden. Da die ungewohnte Form und ganz besonders der Uebermittlungsweg der drahtlosen Depesche der Räteregierung zuerst nicht ganz einwandfrei erschien, beauftragte der Volkskommissar für Äußeres die Gesandtschaft, sich Gemüthlich über die Authentizität der Drohung zu veranlassen. — Die Ungarn erneuerten ihre Angriffe auf die tschecho-slowakische Front. In der Tschecho-Slowakei wurden strenge Ausnahmeverordnungen erlassen.

Italien.

Die Streikbewegung nimmt einen immer bedrohlicheren Umfang an. In Neapel, Stadt und Trivani, herrscht der Generalstreik aller Kategorien. Auch die städtischen Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke streiken. Die Menge griff Werkstätten und Fabriken an, wurde aber durch Kavallerie verjagt. Der Streik hat sich auf weitere Orte ausgebreitet. In Mailand und Vercelli hat sich die Streiklage gleichfalls verschärft. Der Ausbruch des Generalstreiks der Elementarlehrer ganz Italiens sowie der Eisenbahner erscheint in den nächsten Tagen unausbleiblich. In Genoa beschloß der Verband der Kaufleute und Industriellen zum Protest gegen die Monopol-Politik der Regierung die allgemeine Sperre des Hafenverkehrs vom 9. Juni ab.

Amerika.

Rückkehr der Archangels-Expedition. Aus Washington meldet Reuters: General Marco, der Chef des Generalstabes der Vereinigten Staaten, gibt bekannt, daß die gesamte ursprüngliche Archangels-Expedition binnen 14 Tagen nach Amerika zurückkehren werde.

Kleine politische Nachrichten.

Reichswirtschaftsminister Wiesel, der wegen der Gegenläge mit Bernburg sein Abschiedsgesuch eingereicht haben soll, bleibt im Amte.

In Duisburg haben Verhandlungen mit dem Reichskommissar Serenng zum Resultat geführt, daß der Belagerungsstand aufgehoben und der Generalstreik beendet wurde.

Nus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 10. Juni.

Die Pfingsttage waren vom Wetter mehr begünstigt, als den Landleuten nach der langen Trockenheit erwünscht gewesen sein dürfte. In den Mittags- und Nachmittagsstunden beider Tage herrschte drückende Gewitterstille und gelegentlich große auch ferner Donner; aber zur Entladung des Gewitters kam es nicht. Am Montag mittag legte ein kurzer, ziemlich heftiger Regenschauer ein. Doch wurde die heiße Luft dadurch nur wenig abgekühlt.

Groß war die Zahl der Ausflügler, welche das liebliche Fest zu einer Wanderung oder Fahrt in die im vollen Frühlingsschmuck prangende waldreiche Umgebung benutzte. Straßenbahnen, Eisenbahnen und andere Verkehrseinrichtungen wurden stark frequentiert. Die Wälder von Jiralsdorf, Schwartau, Trauenwäldchen um die gute Gegend geistert haben. Für die Freizeidigung des Unterhaltungsbedürfnisses sorgten auch die Sommertheater, die zahlreichen Besuche zu verzeichnen hatten. Die Konzerte im Stadtparkgarten erfreuten sich gleichfalls regen Zuspruchs.

Im Gewerkschaftshaus gab sich am Pfingstsonntag die Arbeiterjugend von Mecklenburg und Lübeck ein Stelldichein, das sehr heiter und schön verlief.

Himmelserscheinungen im Juni. Die Sonne erreicht ihren höchsten Stand am 22. Juni: längster Tag, Sommeranfang. Nach höchsten Sonnenwendtag bewegt sie sich langsam nach Süden, doch beträgt die Abnahme der Tageslänge bis zum Ende des Monats erst vier Minuten. Umgekehrt hat der Vollmond seinen tiefsten Stand. Die Phase unserer Trabanten findet am 13. Juni statt, Neumond ist am 27. erstes Viertel am 5., letztes Viertel am 21. Juni. Von den Planeten besitzt Venus am meisten das Interesse des Beobachters. Sie schreitet in ihrer größten Helligkeit den Mondhimmel und geht erst gegen Mitternacht unter. Jupiter steht zu Anfang des Monats in ihrer Nähe, vergrößert aber am Ende des Monats in den Sonnenstrahlen. Saturn steht zwei Stunden östlich von Venus, nähert sich ihr jedoch während des Monats immer mehr. Merkur und Mars sind unsichtbar. Der Fixsternhimmel bietet Mitte des Monats um 10 Uhr folgendes Bild: Tief im Süden erhebt man den Skorpion mit dem roten Antares, über ihm den Ophiuchus, den Herkules und die Krone. Nach Südwesten schließen sich der Bockes mit Arktur und die Jungfrau mit Spica an. Nahe dem Untergang steht der Löwe, während im Osten der Adler eben aufzugehen ist. Schon ziemlich hoch stehen der Schwan und die Leier mit Vega. Wendet man den Blick nach Norden, so sieht man tief den Fuhrmann mit Kapella, etwas östlicher die Kassiopeja, darüber der Kleine Bären mit dem Polarstern. Westlich von diesem, noch ziemlich hoch, finden wir das wohlbekannte Sternbild des Großen Bären und die Jagdhunde.

Ein abgeschlossener Tarif. Wie die Unternehmer sich an einen Tarif klammern, zeigt folgender Vorfall. Die haugewerblichen Arbeiter haben keine Bestimmung in ihrem Tarif, daß außerhalb des Stadtgebietes Lohnaufschlag gewährt wird. Die Arbeiter bei den Unternehmern Lohaus und Blum auf dem Hofhofenwerk stellen nun ein diesbezügliches Ansuchen, man glaube, daß die Zeichen der Zeit verstanden würden, aber weitgehend, es hieß: wir haben einen Tarif abgeschlossen. Früher, wie wir die Bestimmungen im Tarif hatten, es muß Landgeld gezahlt werden, haben dieselben Firmen nicht gesagt, wir halten den Tarif, sondern damals haben sie denselben immer in irgend einer Weise, die Anknüpfung auswendig, durchbrochen. Die haugewerblichen Arbeiter stellen nun, empört über die Nichtbeachtung ihrer Wünsche, in begrifflicher Erregung die Arbeit ein. Wenn auch die Unternehmer formal Recht haben, so wäre ein kleines Entgegenkommen doch am Platze gewesen. In einer Verammlung, welche am Sonnabend von den Kollegen einberufen war, einigte man sich auf folgender Grundlage: „Die Veranlassung der haugewerblichen Arbeiter von den Bauten der Unternehmer Lohaus und Blum erkennen nach näherer Unter-

suchung an, daß in dem Stadtgebiet Lübeck sich ein größerer Materialmangel bemerkbar macht. Da nun die Bauten auf dem Hofhofenwerk hinreichend bis zur Fertigstellung mit Material, besonders mit Zement, versehen sind, beschließt die heutige Bauverwaltung, um die jedenfalls eintretende Arbeitslosigkeit in Folge Materialmangels nicht noch zu vergrößern, am Dienstag, den 10. Juni die Arbeit wieder aufzunehmen.

Volkspende für Kriegsschädigte (Ludendorff-Spende). Die Volkspende für Kriegsschädigte ist, wie uns geschrieben wird, im Laufe der Zeit die Grundlage der Kriegsschädigtenfürsorge geworden. Eine der ersten Aufgaben der mit ihrer Verwaltung beauftragten Organisationen ist es daher, sie im Sinne ihrer Spender sparsam zu bewirtschaften, damit der Fortbestand der Fürsorge für unsere hilfsbedürftigen und oft dauernd arbeitsunfähigen Kriegsverletzten für die nächsten Jahrzehnte gesichert bleibt. Man hat, um zu vermeiden, daß die Mittel der Spende durch Aufwendungen geschädigt werden, die nicht im Interesse der Kriegsschädigten liegen, durch Bestimmungen festgelegt, daß sie ausschließlich zur Fürsorge für Kriegsteilnehmer Verwendung finden, die in ihrer Gesundheit Schaden erlitten haben und bei denen demzufolge eine Erwerbsbeschränkung festgestellt ist. Aber auch der Rentenempfänger wird nicht immer erwarten können, daß seinem Gesuch entsprochen wird, oft genug sind seine Wünsche unerfüllbar, sei es, weil sich bei der Prüfung der Möglichkeit herausstellt, daß der Antragsteller über kurz oder lang doch mit seinem Projekt hinaus werden würde oder sei es, daß sich bei der Nachprüfung ergibt, daß der um Unterstützung Nachsuchende in durchaus gesunden finanziellen Verhältnissen lebt und man deshalb der Allgemeinheit kaum zumuten kann, für ihn besondere Mittel aufzubringen. Nicht immer lassen sich auch die Wünsche erfüllen, die in bezug auf Berufswechsel gestellt werden. Mander ist für den Beruf, den er sich neu erwählt hat, eben nicht geeignet, und das Urteil der Sachleute muß unbedingt der Entscheidung zugrunde gelegt werden. Daß aber Worte fallen wie: Es könne dem Landesausfluß gleich bleiben, ob man dem Beruf später werde nachgehen können, zeigt deutlich genug, wie wenig Begründung in solchen Wünschen liegt und wie wenig Interesse die Allgemeinheit an der Befriedigung derselben hat. Zudem kann man fast täglich die Erfahrung machen, daß die Kriegsschädigten glauben, ohne irgend welche Beherrigung oder Notwendigkeit Anspruch auf Gelder aus der Ludendorff-Spende zu haben. Man sucht oft offenbar, bei der Verteilung zu spät zu kommen und nicht herablassend zu werden. Das hatte vor kurzem auch wohl einen ganz intelligent aussehenden Menschen zu der Frage veranlaßt, warum denn die Ludendorff-Spende schon verausgabt sei — er habe noch nichts bekommen. Eine solche Verteilung hat natürlich nicht stattgefunden und wird auch nicht stattfinden. Man sollte sich vergegenwärtigen, daß bei der Sammlung nicht geplant war, diese große Spende nach Art z. B. der v. Böhnspende unter Berücksichtigung möglichst aller der in Frage kommenden Personen unter dieselben auszuschütten. Die Art der Regelung würde nicht Gerechtigkeit gewesen sein, viel eher Willkür und Ungerechtigkeit; eine Härte für die wirtschaftlich schwächsten Kriegsschädigten, die in jeder Weise benachteiligt wären, denn bei der Teilung würde sich eine so minimale Summe ergeben, die dem finanziell gut gestellten aber sehr wenig Vorteilen zu bringen imstande ist, dem Bedürftigen jedoch nur ein Tropfen auf einem heißen Stein bedeutet. Soll die Volkspende für Kriegsschädigte ihren Zweck erfüllen, so ist es notwendig, mit den Zinsen und einem genau errechneten Teile des Kapitals, das der Lebensdauer der vor allem bedürftigen Kriegsschädigten entspricht, hauszuhalten; der Einwand, man könne getrost angesichts der heutigen vorübergehenden Notlage die Mittel verwenden, später werde das Reich seiner Pflicht, für die Kriegsschädigten ausreichend zu sorgen, nachkommen, kann für alle die nicht überzeugend sein, die sich der schwierigen Finanzlage unseres Vaterlandes voll bewußt sind.

Gegen den Kartoffelgeschäftshandel. Der Schleichhandel mit Kartoffeln hat einen Umfang angenommen, daß die Belieferung der Bedarfskreise ernstlich bedroht erscheint. Vielen, besonders in der Nähe der Großstädte gelegenen Kommunalverbänden werden durch Hamsterfahrten täglich mehrere tausend Zentner Kartoffeln entzogen. Das Reichsernährungsamt ersucht daher durch Rundschreiben vom 21. Mai 1919 die Regierungen der deutschen Freistaaten dringend, die unterstellten Behörden nachdrücklich anzuweisen, von den Strafbestimmungen gegen die Erzeuger, die die Kartoffeln im Schleichhandel verkaufen, rückfälliges Gebrauchs zu machen. Gegenwärtig begnügen sich die Behörden vielfach mit der Beschlagnahme der zu Unrecht verkauften Vorräte, lassen aber den Verkäufer straflos ausgehen. Eine Besserung der Verhältnisse kann jedoch nur von einer scharfen Anwendung der geltenden Strafbestimmungen auch gegen diesen erhofft werden. Die Handhabung zum Einschreiten hierfür die Verordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918, die im § 11 Satz 5 bestimmt, daß durch Rechtsgeheimlich über die sichergestellten Mengen nur zur Erfüllung der Verpflichtung zur Lieferung verfügt werden darf, und die im § 18 Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M., oder mit einer dieser beiden Strafen bedroht. Die Geldstrafe muß bei vorläufigem Veräußern von Vorräten — hierzu gehört zweifellos der Verkauf in den Schleichhandel — mindestens dem zwanzigfachen Wert der Vorräte gleichkommen. Nach § 3 der Verordnung über Kartoffeln vom 2. September 1918 sind alle Kartoffeln sicherzustellen mit Ausnahme derjenigen, die der Landwirt zu seiner eigenen Ernährung oder zu der seiner Wirtschaftsgenossen und zur Deckung seines Saatgutbedarfes benötigt.

Freimarken zur Erinnerung an die Deutsche Nationalversammlung 1919 (E-Marken). Vom 1. Juli ab sollen Freimarken zur Erinnerung an die Deutsche Nationalversammlung 1919 — E-Marken — bei sämtlichen Postanstalten des Reichspostgebietes und Württembergs an das Publikum abgegeben werden. Die E-Marken sind in den Werten zu 10, 15 und 25 Pfg. neben den bisherigen Marken (Ausgabe 1902 mit dem Germania-Bild) zu führen und nur auf besondere Verlangen abzugeben. Die E-Marken werden nur in beschränktem Umfange und für eine beschränkte Zeit vertrieben und haben als besondere Ausgabe nur im inneren Verkehr — Reichspostgebiet, Bayern und Württemberg —, nicht aber im Auslandsverkehr Gültigkeit. Zunächst sollen an jeden Käufer nur kleine Mengen, etwa bis zu zehn Stück von jeder Art, abgegeben werden; später, sobald ein hinreichender Vorrat vorhanden ist, werden sie in unbeschränkter Menge zur Verfügung gehalten.

Die Dreizehnerkasse in Lübeck hatte am 1. Juni 1919 36 522 Mitglieder, darunter 27 Mitglieder von Erbschaften, deren Rechte, gegen 32 874 im Jahre 1918. Auf Männer entfielen davon 21 980 (1918: 17 128), auf Frauen 14 542 (1918: 15 746). Arbeitsunfähig krank waren am letzten Mai: Männer: 557 (1918: 580) und Frauen: 646 (1918: 586). Ausweisung für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Mai 2041 (1918: 1989) erteilt. Sterberegeld wurde im Mai für Mitglieder in 31 Fällen, für Angehörige in 18 Fällen gezahlt. Ueberretungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die lagersmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 38 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Kassenbeiträge werden vom Montag bis Donnerstag jeder Woche entgegengenommen.

Zum Verkauf von Freibankfleisch wird uns noch berichtet: Es hatten sich etwa 1000 Personen angemeldet. Kurz nach 7 Uhr wurde die Pforte geöffnet. Unter Fischen, Schimpfen und Schreien stürzten alle zum Verkaufsschuppen. Eine Frau geriet beim Laufen mit dem einen Fuß im Eisenbahngleis fest und kam dadurch zu Fall. Die Nachzügler, die so schnell nicht Halt machen konnten, stolperten mit Geldstücken, Eimern und Körben über sie hin und wälzten sich auf dem Boden. Mehrere Körbe, im Gedränge platt gedrückt, wurden fortgeworfen. Eine Frau hatte nur ihren Eimerdefel in der Hand, der Eimer selbst war beim Sturm verloren gegangen usw. Der unliebsame Austritt hätte ganz gut vermieden werden können. Die zuerst Angekommenen hatten an der kleinen Pforte Aufstellung genommen, die Nachfolgenden schloßen sich an, wodurch die Aufstellung einigermaßen lockert war. Hätte nun die Verwaltung wie der anwesende Schatzmann es wollte, statt die große Pforte zu öffnen, die kleine aufgemacht und die Reihen in Truppen von 10-20

Personen einzeln durchgelassen, dann wäre nicht nur das fürchterliche Gedränge vermieden worden, sondern auch der ganze Fleischverkauf in wenigen Stunden erledigt gewesen. Von den Eltern ist es unverantwortlich, wenn sie ihre Kinder die Nacht über dort stehen lassen. Die Behörden aber sollten für die Abänderung solcher Zustände unverzüglich sorgen.

Spargelpreise. Die hiesigen Spargelpreise, so schreibt der Vorstand des Vereins der hiesigen Obst- und Gemüsehändler, geben uns Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Höhe derselben nicht durch den Kleinhandel (Obst- und Gemüsehändler) bedingt wurde, sondern die Erzeuger forderten von den Händlern Preise, die die wirtschaftlich gerechtfertigte Grenze bedeutend überschritten (die Händler mußten den Erzeugern den Spargel mit 2.- bis 2.50 Mk. per Pfund in den letzten Tagen bezahlen). Wenn die Erzeuger solche Preise erzielen, so liegt der Grund darin, daß Verkäufer, die mit den hiesigen Geschäften bis auf wenige Ausnahmen nichts gemein haben, solche Preise bezahlen, weil sie in den umliegenden Bädern die Ware trotzdem noch mit „hohem“ Verdienst absetzen können. Wenn Spargel und sonstiges Gemüse (besag. später Obst) vom Lübecker Markt ausgeführt werden soll, so kann es sich doch nur um solche Waren handeln, von denen in Lübeck nach Deckung des eigenen Bedarfs ein Ueberschuß vorhanden ist. Leider ist eine Aenderung bzw. Verbesserung in der hiesigen Marktlage nie versucht worden. Daß auch hierin die Händler schuldlos sind, geht daraus hervor, daß schon im Juni 1918 ein diesbezügliches Gesuch (Einrichtung eines Großmarktes) eingereicht worden ist, bisher ist aber von dem Projekt nichts wieder zu hören gewesen.

Der Verband der Lübecker Freiwilligen Feuerwehren hält am 15. Juni eine Verbandsversammlung ab. In einem Rundschreiben heißt es: Der Vorstand des Verbandes nimmt Veranlassung an die Herren Gemeindevorsteher des Lübeckischen Staatsgebietes, sowie an die Behörden und Verwaltungen der eingemeindeten Stadtteile das folgende, dringende Ersuchen zu richten, sich ebenfalls nach bestem Können an den oben ausgeführten Bestrebungen zu beteiligen, die dort bestehenden Wehren zu stützen und zu schützen und da wo noch keine Freiwilligen Feuerwehren bestehen, solche möglichst ins Leben zu rufen. Die Erfahrung hat doch gelehrt, daß eine gut organisierte, vor allen Dingen gut geführte Freiwillige Feuerwehr am schnellsten hilfsbereit ist und deshalb den sichersten Feuerchutz für den Heimatsort und für die anliegenden Ortschaften gewährt.

Keinen Frost töten! Mit dem Frühling haben sich in den Gärten und Gumpfen, auf Wiesen und Triften auch die Frösche eingefunden. Der Landbewohner tötet keinen Frost! Es sind nur ganz unverständige Menschen, welche dieses überaus nützliche Tier verfolgen oder gar vernichten. Jeder Frost vernichtet tagtäglich eine ungeheure Menge schädlicher Kerbtiere und Insekten, alles Totes aber läßt er unberührt. So gehört er zu den unentbehrlichsten Tieren und man soll ihn daher — er tut ja keinem Menschen etwas zuleide — nimmermehr verjagen. Besonders beachte man auch die Kinder über den großen Nutzen der Frösche.

Gefundene Sachen. Im Monat Mai d. J. sind beim Polizeiamt folgende Sachen als gefunden eingeleitet bzw. angezeigt und nicht wieder abgefordert worden: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, mehrere Lose Geldbeträge, 1 Siegelring, 1 silberne Halskette mit Anhänger, 1 silberne Damenhandtasche, 1 silberne Damenuhr, 1 graue Lederne Damenhandtasche, 1 Kneifer ohne Einfaßung.

Ernst-Albert-Uhnd. Am Freitag, den 18. Juni findet im Marmoraal eine Wiederholung des aufsehenerregenden heteren Uhnds „Humor in der Natur“ statt. Einzig in seiner Art steht der Vortrag da, wobei wir lachend in die Geheimnisse der Natur eingeführt werden, was in der heutigen Zeit besonders erquickend wirkt.

Als ein sauberes Blänzchen zeigte sich ein Bögling des Kreisgärtnerheims in Krempeleddorf. Der 13-jährige Junge war aus dem Heim entlaufen und hatte sich auf ein im hiesigen Hafen liegendes Schiff geschlichen. Dort stahl er einem auf dem Schiff besteuerten Feiger eine Brieftasche mit 1500 Mk. Er hatte von diesem Gelde bereits 300 Mk. verausgabt, als er mit seiner Beute gefaßt und dem Kinderheim wieder zugeführt werden konnte.

Fertel gestohlen. Festgenommen wurde ein in Schlutup wohnender Arbeiter aus Magdeburg, der in der Nacht zum 25. v. Mts. einem Gutspächter in Urspahagen 2 Fertel aus dem Stall gestohlen hatte.

Widderdiebstahl. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Labenz, der in dortiger Gegend ein Reh mittelst Schlinge eingefangen hatte, welches er hier zu verkaufen suchte. Der festgenommene dürfte sich wegen Widderdiebstahl zu verantworten haben.

Wegen Einbruchdiebstahl festgenommen wurde ein in der Kanalstraße wohnender Feiger, der in Schwartau eine größere Menge Seife gestohlen hatte.

Diebstahl. Aus einem Hause in der Wegdienstraße ist ein ca. 4x3 m großer grauer Teppich mit schwarzer Kante gestohlen. In der Mitte befinden sich rote und gelbe Blumen mit Schmetterlingen, in der schwarzen Kante Blumenranken.

Schwartau. Eine Stadtratsitzung fand am Freitag im Schöffengerichtssaal statt. Auf der Tagesordnung war: 1. Gehaltsregulierung, 2. Steuerherabsetzungen, 3. Bau von öffentlichen Bedürfnisanstalten, 4. Bau einer öffentlichen Badeanstalt, 5. Bau von Kleinwohnungen, 6. Übernahme der Kosten für Lehrmittel an den Volksschulen, 7. Verschleßenes. Die Punkte 3.-6. waren von den Sozialdemokraten beantragt. Der stellvertretende Vorsitzende Kettelohn eröffnete die Sitzung. Beim ersten Punkt wurde von den Sozialdemokraten bemängelt, daß bei Berechnung der Feuerungszulagen für die Stiefkinder weniger angerechnet wurde als bei den übrigen und stimmten sie deshalb beim Gehalt des Wasserwerkmeisters dagegen. Das Gehalt des Bürgermeister wurde um die Höhe des Wohnungsgeldes herabgesetzt, sonst wurden alle Gehälter nach Vorschlag der Finanzkommission angenommen. Die Punkte 3., 4. und 5. wurden der Baukommission, der Punkt 6. der Schulkommission überwiesen. Darauf wurde Punkt 2. unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Nachdem im Verschiedenen noch einige Erörterungen besprochen waren, wurde die Sitzung geschlossen.

Kenjesfeld. Gemeinderatsitzung. In Stelle des erkrankten Gemeindevorstehers Uteich eröffnete dessen Stellvertreter, Genosse Grabbe die Sitzung und gab zunächst einen Bericht über die Tätigkeit der Kommission für den Schulhausneubau. Trotz der erdenklichsten Mühenhaltung seitens dieser Kommission ist an einen Neubau aus wirtschaftspolitischen Gründen zurzeit nicht zu denken. Wegen der Platzfrage sind aber Unterhandlungen im Gange. Es werden in Kenjesfeld gegenwärtig weit über 500 Kinder in 12 Klassen von 11 Lehrkräften in 11 Klassenräumen unterrichtet, die in fünf verschiedenen Häusern untergebracht sind und weit auseinander liegen; eine Klasse ist in der Hofplatzscheune eingerichtet. Die Zustände sind also unhygienisch und drängen zur Lösung. Man hat die Absicht, der Not gehorhend, Schulbaracken zu bauen. Schließlich einigte man sich dahin, vorläufig erst einmal eine Aussprache mit der Stadterwaltung Schwartau herbeizuführen auf Grund des folgenden: In Schwartau herrscht sehr geringe Klassenfrequenz und einige Straßen von Kenjesfeld liegen Schwartau so nahe, daß eine Entlastung unserer Schule in dieser Weise leicht möglich wäre. Tatsächlich war ein diesbezüglicher Plan vor reichlich einem Jahre schon einmal ins Auge gefaßt, er scheiterte aber an dem Widerstand einiger einflussreicher Persönlichkeiten Schwartaus. Da der 9. November auch in dieser Beziehung lustreinigend gewirkt hat, hofft man diesmal auf mehr Erfolg in der Sache. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Verlegung mit elektrischem Licht und elektrischer Kraft. Der Landesauschuß soll ersucht werden, so bald als möglich einen Sachverständigen zu schicken, der in einigen noch ungeklärten Punkten Aufklärung erteilt, so hofft man für den nächsten Winter die Lichtlampe überwinden zu können, denn es ist doch eigentlich ein Übel, daß die mittelalterlichen Gemeinden der Provinz a. B. Borsig, Köpenick

längst mit elektrischem Strom versehen sind, während wir hier, die wir in unmittelbarer Nähe des Hochspannungswerts liegen, in dieser Beziehung noch weit zurück sind. Die Wegekommission wird beauftragt, mit dem Maurermeister Müller-Stöckel in Unterhandlung zu treten wegen Kiebslieferung der Dorfstraße Bohnsdorf, für die er ganz bedeutend erhöhte Preise verlangt. Der Schulvorstand soll prüfen und in die Wege leiten, daß die Handarbeitslehrerin voll an der hiesigen Schule beschäftigt wird und nicht wie bisher zweimal in der Woche auch noch Unterricht in Gr.-Parin erteilen muß. Die vom Kreisbauinspektor angeordnete Durchweisung der V. Schulklasse wird vom Gemeinderat genehmigt. Wegen Gehaltserhöhung des Armenhausverwalters soll Auskunft eingeholt werden, das Gehalt des Dienstmädchens daselbst wird von 240 Mk. auf 360 Mk. erhöht. — Wahlen. Zum Beisitzer des Gemeindevorstehers wurde Genosse Aug. Grabbe wiedergewählt. Dem Schulvorstande gehören in Zukunft an: für Kenjesfeld die Gen. Weber und Behlendorf, Kl.-Parin: Maurer Karsten, Horschdorf: Arbeiter Helmbrecht und für Gr.-Parin: Genosse Peterfen. In die Steuererhebungs-Kommission wurden gewählt: die Landwirte Lecha-Wonsdorf und Höppner-Gr.-Parin, Tischlermeister Bräsen und die Genossen Felmed, Scharlowitz und Giese-Kenjesfeld, Schmidt-Clewerbrück und Karstens-Kl.-Parin. — Bei der Besprechung der Ernährungsverhältnisse wurde der Antrag eingebracht, den Lieferungsverband zu verlassen, mehr Fett zu liefern.

Travemünde. Zur Aufklärung über die nicht an Land gelassene dänische Butter schreibt der Lokale R.: Ich habe das Faß dänische Butter nicht an Land gelassen, weil ich auf den Standpunkt stehe, daß Lebensmittel nur herein gelassen werden sollen, die wirksam sind und nicht dem Schleichhandel, sondern der allgemeinen Bevölkerung zugute kommen. Man versprach uns, wenn wir das Faß Butter an Land bränten, sollten wir 30 Mann 60 Pfund davon haben, während der Besteller für sich und seinen Geldgeber 41 Pfund behalten wollte. Damit war ich nicht einverstanden, sondern verlangte, daß ein Teil an die Bevölkerung zum Einkaufspreis von 21 Mark zur Verfügung gestellt würde. Als dieser Vorschlag abgelehnt wurde, habe ich mich geweigert, unser Dienstboot zum Transport der Butter herzugeben. Ich erkläre, man solle die Erlaubnis vom Lebensmittelamt einholen, andernfalls würde ich die Butter beschlagnahmen lassen. In Travemünde ist die Bevölkerung erbittert über den hier in höchster Mitleid stehenden Schleichhandel. Es macht viel böses Blut, wenn man sieht, wie die Hotels und die Kurgäste versorgt werden. Darum sollten die Hotelbesitzer den Leuten, die sich für die Wiederherstellung des guten Einwohnereinkommens der Einwohner bemühen, keine Steine in den Weg legen. Den Personen, die von der sozialdemokratischen Partei zur Abstellung dieser Mißstände gewählt sind, sollte mehr Entgegenkommen gezeigt werden; sonst kann es dazu kommen, daß die drei Schulsleute zum Schutze Travemündes nicht ausreichen.

Hamburg. Bei der Demonstration gegen die Hinrichtung Levines ist die Sinnlosigkeit der Hamburger Arbeiterpartei leider von fanatischen Unabhängigen und Kommunisten gelehrt worden. Die Parteileitung wurde kurz vor 4 Uhr gemeldet, daß die Unabhängigen und Kommunisten die Demonstration zu einer Hege gegen unsere Partei bentzen. Etwa 19 000 Genossen hatten sich eingefunden. Auf einer Tribüne, um die sich die Arbeiter der Deutschen Werft und Reihewerke eingefunden hatten, wollte Gen. Leuterich sprechen. Das paktete den Kommunisten nicht. Sie verlangten der Kommunisten Wollheim. Eine Abkündigung von den der Tribüne am nächsten stehenden ergab eine Mehrheit für Wollheim. Aber damit waren diese modernen Kämpfer für Menschheits-Ideale nicht zufrieden. Mit wüsten Schimpfen begleitete, rief man den Genossen Leuterich vom Wagen herab. Fürwahr ein entwürdigendes, betrieblendes Schauspiel; eine vortreffliche Illustration für die am Wagen stehenden Schüler der mit der Aufschrift: „Kampf dem Räderkampf!“, „Einigkeit ist das Gebot der Stunde!“ Genossen unserer Partei und Unabhängigen; dieser Genossen gegenüber war, bestanden darauf, daß Genosse Leuterich den Wagen wieder bestieg. Wollheim hielt dann eine Rede, die wenig mit dem politischen Mord, desto mehr mit der Beschimpfung der Sozialdemokratischen Partei zu tun hatte. Nach Wollheim legte sich Genosse Leuterich doch für einige Minuten durch und sagte den Zuhörern, daß die sozialdemokratische Partei ihre Anhänger nach dem Heiligengeistfeld gerufen habe, um gegen den politischen Mord und gegen die sich breitmachende Militärdiktatur zu demonstrieren, aber nicht, um niedriges Parteigedöns zu betreiben. Er forderte die Arbeiter auf, für die kommenden schweren Kämpfe den Gedanken der Solidarität und Einigkeit trotzdem und allemal zu hegen und zu pflegen. Am Ende führte nur das zum Ziel und zum Siege. Auf der äußersten Tribüne nach dem Justizgebäude zu, sprach nach dem Unabhängigen Thälmann Genosse Schüller. Er schloß seine Ansprache: Reißt die Parteizügel ein und werdet ein einziges Volk von Kämpfern und Brüdern. — Inzwischen hat der Hamburger Parteivorstand eingesehen, daß mit diesen Leuten gemeinsame Aktionen nicht unternommen werden können. In einem Aufrufe an die Hamburger Parteimitglieder weist er auf die Vorfälle auf dem Heiligengeistfeld hin und bemerkt: Dadurch sei es zur Gewißheit geworden, daß eine würdige Feier zu dem Schlußakt des tragischen Schicksals Rosa Luxemburgs gemeinsam mit den Kommunisten und Unabhängigen unmöglich sei. Der Tag der Beisetzungsfeier solle sich nicht in Parteigedöns verlaufen. Die sozialdemokratische Partei Hamburgs wird darum am Vorabend des Beisetzungsabends am 12. Juni abends 8 Uhr in allen größeren Lokalitäten Hamburgs Mitgliederversammlungen abhalten, in denen zur Feier der Beisetzungsfeier einmündigen Kämpfern in unseren Reihen von Menschlichkeit und geistlichem Kampfe geredet und gegen militäristische Brutalität protestiert werden soll. Weiter wird in dem Aufruf gesagt, daß durch das von den kommunistischen Betriebsräten vor einigen Tagen verteilte Flugblatt „Program in E. G.“ bewiesen sei, daß Verleumdungen und Pläne für Gewalttätigkeiten bestehen. Bei unseren Veranstaltungen müsse es aber die vornehmste Aufgabe der Partei sein, die Würde unserer Partei über alles zu stellen.

Hamburg. Zwei Kinderleichen gefunden. In einem Hausflur am Steindamm fand ein junges Mädchen einen Margarinekarton, in dem sich die Leichen zweier neugeborener Kinder befanden. Die Staatsanwaltschaft hat die Sektion angeordnet, um festzustellen, ob die Kinder tot zur Welt gekommen oder ob sie einem Verbrechen zum Opfer gefallen sind. — Ein Wontungslück auf der Elbe ereignete sich am ersten Pfingsttage im Rathafen in Denelegonne. Als die 18 Jahre alte Erna Rönemann mit einer Schwester und einer Freundin eine Ruherpartie unternommen und im Rathafen angelegt hatten, trat das junge Mädchen beim Wiederersteigen auf die Bordante des Bootes. Dieses kenterte und alle drei fielen in die Elbe. Während die Schwester und die Freundin von Herzufliehenden gerettet wurden, wurde Erna Rönemann vom Strom fortgerissen und fand ihren Tod in den Fluten. Die Leiche wurde noch nicht gefunden.

Altona. Seinen alten Vater erschossen. Der in der Großen Brunnenstraße wohnende Jollaschiff F. war mit seinem hier auf Urlaub weilenden Sohn in Streit geraten, in dessen Verlauf der Sohn einen Revolver zog und auf seinen Vater feuerte. Dieser trug so schwere Verletzungen davon, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb, der Mörder wurde verhaftet.

Köpenick. Einen nächtlichen Kampf mit Einbrechern hatte die hiesige Einwohnerwehr kürzlich zu bestehen. Etwa drei bis vier Männer hatten einen Einbruch in die Verkaufsstelle der „Produktion“ in Copenndorf ausgeführt, wobei sie zwei Faß Butter und einige Saß Mehl erbeuteten. Den Raub verurteilten sie in den nahen Gauen einer Schreiberkolonie. Mit einem Saß Mehl gingen sie über die Grenze auf Köpenicker Gebiet, wo sie auf eine Patrouille der Einwohnerwehr trafen. Als die Einbrecher von der Patrouille angegriffen wurden, warfen sie den Saß Mehl von sich und eröffneten sofort das Feuer. Daraufhin machte die Patrouille von ihren Schußwaffen Gebrauch und verlegte den einen Einbrecher in den Oberhakenl schwer. Der Verletzte wurde dem Copenndorfer Krankenhaus übergeben; dort ist

er seiner Verwundung erlegen. Die geraubten Waren wurden der „Produktion“ wieder zugestellt.

Kiel. Ertrunken. Ein neunjähriger Schüler fiel in den Hafen und erkrankt. Die Leiche wurde von einem Marineangehörigen geborgen. Die eingeleiteten Wiederbelebungsvorläufe waren leider ohne Erfolg.

Lübeck. Aus dem Zuge entkprungen. Der wegen verschiedener Verbrechen gesuchte und in Hamburg festgenommene Soldat Berenssen sollte von einem Unteroffizier der hiesigen Sicherheitswehr mit dem Zuge hierher gebracht werden. In der Nähe von Bokelsholm ist er aus dem Abortfenster entkprungen. — Raubüberfall. Als ein Kaufmannslehrling auf einer Geschäftstour mit dem Rade nach Ratzebel fuhr, wurde er auf der Hevenstedter Chaussee von zwei Männern in Marineuniform mit vorgehaltenem Revolver seines Rades beraubt.

Güstrow. „Unkündige“ Patrioten. Zu der Hauptversammlung des medlenburgischen Patriotischen Vereins in Güstrow war auch der Staatsminister Dr. Wendorf eingeladen und erschienen. Als dann des früheren Landesherren als Protektor des Vereins gedacht wurde, erhob sich die Verammlung. Staatsminister Dr. Wendorf blieb sitzen, und es erschollen Rufe, wie „Unverschämtheit! Raus! Raus!“ Bei dem Hoch, das dann schließlich auf den früheren Großherzog ausgedrückt wurde, Hand auch Dr. Wendorf mit auf, ohne sich aber an den Hochrufen zu beteiligen. Im Verlaufe der weiteren Sitzung kam es dann in einer späteren Rede noch zu weiteren persönlichen Angriffen auf die Mitglieder des Staatsministeriums. Staatsminister Dr. Wendorf ließ sich genötigt, diese Verammlung, zu der er als Staatsminister offiziell eingeladen und im Dienste des Landesinteresse erschienen war, zu verlassen. Das sind die Leute, die aus der gegenwärtigen Zeit noch nichts gelernt haben und ihre Zunftfreiheit nach wie vor herausstrecken.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. „Die geschiedene Frau“, Operette in 3 Akten von Leo Fall. Man hat die „geschiedene Frau“ hier schon früher im Stadtheater gesehen, dennoch begegnet man ihr ganz gern wieder, da Fall sie mit einem recht hübschen, sorgfältig gearbeiteten musikalischen Gewand ausgestattet hat, das auch heute noch nicht ausgeblüht ist. Natürlich kommt es sehr auf die Form an, in welcher sich die „geschiedene Frau“ auf der Bühne präsentiert. Und die ist in der Stadthalle wirklich ansprechend und gefällig. Für die Titelrolle hat die Theaterleitung in Frau, Willi Jäschka eine Künstlerin gewonnen, die über wohlklingende, gut geschulte Stimmittel verfügt, charmant und liebenswürdig spielt, sich geschmackvoll zu kleiden versteht und so alles mitbringt, was eine Operettendiva zeitlos macht. Ihr Partner und geschiedener Mann war Herr Trimborn, der in Gesang und Darstellung frisch und flott war und ordentlich aus sich herausging. Die Gonda der Frau Bradsky war wirklich eine entzückende, liebe kleine Vertreterin des Vereins freie Liebe. Das komische Element brachten erfolgreich die Herren Kohl als gelehrter Schlafwagenkontrollor und Holtmann als Vertreter jener älteren Generation, die noch immer gern Seitenprünge machen, zur Geltung. Von den anderen Mitwirkenden seien noch anerkennend die Herren Kroeg und Selbig sowie Fr. Würh genannt. Chor und Orchester taten ihre Schuldigkeit. Das gut besuchte Haus nahm auch Pfingsten die von Kapellmeister Blumentritt sicher geleitete Vorstellung außerordentlich freundlich auf und verlangte die Wiederholung verschiedener Nummern.

Neueste Nachrichten.

Norwegische Lebensmittel.

Berlin, 10. Juni. Das Abkommen mit Norwegen über 10 000 000 Tunnen Speisefett und 750 000 Faß Heringe ist endgültig abgeschlossen. Als Sicherheit gibt die deutsche Regierung einen Reichsschatzwechsel in voller Höhe. Zusätzlich zu diesen Sicherheiten hat für den Gegenwert von 30 Millionen Kronen in Mark das Konvortium der deutschen Banken. In Anbetracht der für die deutsche Bevölkerung so hochwertigen Speisefette im Gesamtwerte von 35 Millionen Kronen entschloß sich die deutsche Regierung, als weitere Zufallsicherheit Gold in Höhe von 20 Millionen Kronen zu hinterlegen. Die Verladung der Heringe ist bereits in vollem Gange.

Zur Auflösung des Großen Leipziger Arbeiterrats.

Leipzig, 10. Juni. Der Zentralkrat der deutschen sozialistischen Republik hat auf das Protokoll der Großen Arbeiterkammer zu Leipzig anlässlich dessen Auflösung durch Generalmajor Maerker erwidert, er stehe auf dem Standpunkt, daß es unter keinen Umständen zugelassen werden kann, daß ein Arbeiterrat willkürlich von Militär oder sonstigen Instanzen aufgelöst wird.

Zum Friedensvertrag.

Genf, 10. Juni. „Journal“ meldet aus Paris: Die Völkerbundskommission, die in Abwesenheit Wilsons tagte, hat sich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen.

Am 1. Pfingsttage fanden in England Versammlungen und Kundgebungen für den Verständigungsfrieden statt. Allein im Bezirk London wurden von den Liberalen und der Arbeiterpartei 16 Versammlungen abgehalten.

Berichterstattung des Streiks in Frankreich.

Paris, 10. Juni. Die Bergleute der Nordgebiete setzten entgegen anders lautenden Nachrichten einen Vergleich ab und setzten den Streik fort. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Streiklage hat sich im allgemeinen sehr verschärft.

Gegen die Freiheitsbewegung in Irland.

Aus dem Haag, 10. Juni. „Manchester Guardian“ meldet, daß eine außerordentliche militärische Tätigkeit in verschiedenen Teilen Irlands begonnen hat. Militärische Patrouillen durchsuchen das ganze Land und gut bewaffnete Militärautos machen überall Streifzüge. Gleichzeitig ist am Mittwoch der Signaldienst im Lande eingerichtet worden.

Gegen den Versailler Frieden.

Lugano, 9. Juni. Der sozialistische Parteivorstand Italiens richtet ein Manifest an die Partei, in der er auffordert, sich zu einem großen Demonstrationstreik im Verein mit dem französischen und englischen Proletariat gegen den Versailler Frieden und die Bergewaltungung Russlands und Ungarns bereitzustellen. Die Verabredung hierüber sei mit den französischen und englischen sozialistischen Parteien getroffen worden.

Literarisches.

Die deutsche Volkshochschule der Zukunft. Eine Denkschrift von Dr. Werner Picht. 34 Seiten. Geheftet 1,20 Mk. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig, 1919. Die vorliegende Schrift ist eine umfassende, allseitig orientierende Betrachtung der heute so wichtigen Volkshochschulbewegung. Die Schrift zeigt, wie der industriellen Arbeiterklasse die Möglichkeit zu einer ihren neuen Rechten und Verantwortlichkeiten entsprechenden vertieften Geistesbildung zu geben ist.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer. Verleger: Th. Schwabe. Druck: Friedrich Meyer & Co. Stuttgart in D. 1919.

Gute billige
Modewaren
zu bedeutend herabgesetzten
Preisen.

Rollkragen aus doppeltem Glasbatist mit Plissé- Volant für Jacken 2⁵⁰	Rollkragen aus Glasbatist mit Fäll- spitze, hübsche Form 2⁷⁵	Blusenkragen aus Valenciennes-Spitzen zusammen- gesetzt, sehr kleid- same Form 4²⁵	Blusenkragen aus Glasbatist, mit guter Klöppel- spitze verziert 4⁷⁵
Batistkragen mit Valenciennes-Einsatz und Spitzen garantiert Matrosen- form 6⁵⁰	Glasbatist- kragen bestickt mit guter Spachtel- kante, geeig- net f. Jacken und Blusen 6⁹⁵	Blusenkragen a. Batist mit Valenciennes- Spitzen und Einsatz, an- tastende Form 7²⁵	Batistkragen mit Einsatz u. Filé-Spitzen garniert, moderne, große Form 9⁷⁵
Robespierre-Kragen sehr kleidsame Formen von 6⁹⁵ an	Jabots mit Stehkragen die große Mode in reichhaltiger Auswahl		

Rudolph **Der Welt** Kom.-Ges.
Lübeck

Schuh-Reparaturen:

aller Art. Vorblätter, Umarbeiten von Militär-
stiefeln, werden in 1-2 Tagen fertiggestellt in
den Schuhreparatur-Werkstätten

E. M. G. Beschenbossel
Glandörpstraße 1. (333)
Häxstraße 50.
Prima Kernleder.



Immer noch

werden Freiwillige für die aufzustellenden
Trainformationen der Reichswehr

eingestellt.

Exmalige Angehörige der Train-Abteilung 9 und aller von
dieser aufgestellten Formationen, die sich dem Vaterlande zur
Verfügung stellen wollen.

Bäcker, Gerber, Schuster,
Böttcher, Schlachter, Sattler,
Schneider, Stellmacher und Schmiede
werden gesucht.

Mobilié Wohnung nach Dienstgraden, III. 3. — Reichswehr-
und III. 2. — Kammeranlage, Wohnungsverhältnisse für Verheiratete
Speise III. 1.65, für jedes Kind III. 1.—
Mobilié Verpflegung.

Ausbildungen bei der
Werbezentrale Lübeck,
Marii-Kaserne, Stabsgebäude.

Militärpapiere, polizeiliches Führungszeugnis und sonstige das
21. Lebensjahr noch nicht vollendet, Genehmigungserklärung des
Vaters beim. Vormundes, sind mitzubringen. (3327)

Achtung! Achtung!
Großer
**Sommernachts-
Ball der Kellner**
heute, 3. Pfingstag,
in Friedrichshof.
Anfang 6 Uhr. Ende ??

Kranken- u. Sterbefälle gewerbli. Arbeiter.

**Außerordentliche
General-Versammlung**

am Dienstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52.

Tages-Ordnung: Antrag des Vorstandes und Ausschusses:
Abänderung des § 8 Abs. 1, § 11 Abs. 1 und § 13 Abs. 1.

Diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf die
Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden. (3332)

Der Vorstand.

Kolosseum

Mittwoch, den 11. Juni. (3345)

Großer Ball.

Anfang 6 Uhr. Heinr. Ohde.

Volks-Kino. Bürgerverein.

Infolge des starken Andranges bleibt (3360)

Der gelbe Tod

bis einschließlich Donnerstag auf dem Spielplan.

Niemand versäume, sich dieses gewaltige, bisher einzig da-
stehende Kulturwerk anzusehen.

Der Bruder der Schwester.

Lustspiel in 3 Akten.

Höhere Töchter.

Witantes Lustspiel, 2 Akte.

Frühes Kommenichert guten Platz.

Mittwoch, den 11. Juni, nachmittags 2 Uhr:

Kinder - Vorstellung.

Neues Lichtspiel-Theater.

Ellen Richter,

die gefeierte Künstlerin in dem herrlichen Film

Das Spielzeug der Zarin.

Großes Schauspiel in 5 Akten aus der Zeit Katharinas II. von
Rußland. Personen: Elise Wasa, Jss. Römer, Hugo Falke, Hr.
Kroner, Seg. Arndt, Karl Berger, R. Martein, Max Laureanus,
Senatoren, Soldaten, Bauern — Katharina II., Zarin von Ruß-
land: Ellen Richter. Künstlerische Leitung: Rudolf Meisner.

Wolkenbau und Flimmerstern.

Glanzvolles Lustspiel in 4 Akten. In der Hauptrolle: die rühm-
lichst bekannte große Schauspielerin (3354)

Ressel Orla.

Mädi macht Hilfsdienst. Humor.

Dr. Pühmeyer
am 11. Juni zurück. (3338)

Gebrauchte Möbel zu kaufen
gesucht. Angebote mit Preis unt.
W E 47 an die Exp. d. Bl. (3317)

Zwirn

fein Papier, 100 Sterne nur
(3340) 20.— Mt. frei Nachh. [Z
P. Moths, Gefell, 134 Vogtl.

Silber

Feinsilber, Nissilber, Münzen usw.
kauft jedes Quantum zu höchsten
Preisen. (3349)

Georg Fischer, Elberfeld
Nützenbergerstr. 77.

Nähmaschinen
aller Systeme, sowie Fahrräder
repariert schnell u. z. solid. Preis.
F. Langer, Krähenstr. 27.
3325) Telefon 2398.

Schlafzimmer - Einrichtung

in Marmor u. Auflege-Matrasen
preiswert zu verkaufen.
(3326) Bahmstraße 68.

Uhren-Reparaturen.

Billige Preise. (3324)
Große Auswahl in Wand-, Tisch-,
Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß, Uhrmacher,
Breite Straße 54 u. Häxstraße 71.

Hausstandslumpen, Pfund
12 Bfg. aufwärts, **Stutz**
Pferdchaare, Pfund 10 Mt.
aufwärts, **Eisen, Metall, Pa-**
pier, Zeitung, Knochen,
Küh-, Mähnen- u. Schweine-
haare kauft zu höchsten Tages-
preisen. (3323)
Tel. 2302. **Waisenhoffstr. 25.**

Deutscher

Eisenbahner - Verband.

Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.

am Donnerstag, den 12. Juni,
abends 7 Uhr.

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Kartellbericht.
3. Bericht von der Generalver-
sammlung in Jena.
4. Sonstige Vereinsangelegenheiten

Das Erscheinen sämtlicher
Mitglieder ist dringend erforder-
lich. Mitgliedsbücher vorzeigen.
(3341)

Der Vorstand.

Moisinger Sterbekasse

Außerordentl. Generalversammlg.
am Sonntag, den 15. Juni,
nachmittags 4 Uhr, im Lokale
des Herrn L. Böttcher-Moisinger.

Tagesordnung:
Erhöhung der Beiträge oder
Auflösung der Kasse.
Nach Satzung § 21 sind nur
männliche volljährige Mit-
glieder stimmberechtigt.
Diese Versammlung ist ohne
weiteres beschlussfähig.
Der Vorstand.
3337)

Achtung!

Deutscher

Bauarbeiter - Verband

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.

am Mittwoch, den 11. Juni,
abends 7 1/2 Uhr.

im Gewerkschaftshaus.

Die Tagesordnung wird in der
Versammlung bekannt gegeben.
Es ist dringend erwünscht,
daß alle Kollegen erscheinen.
(3357)

Der Vorstand.

Motorbooffahrt

nach Mölln, Lauen-
burg und Hamburg.

Abf. Holstenbr., Obertr. 6 u. Morg.
Auskunft erteilt, sowie Ummel-
dung erbeten an **Schneider,**
Johannisstr. 43. Tel. 3444. (3351)

Motorboot

nach Lüch, Hohenstiege

Abf. Holstenbr., Obertr. 3.00 Uhr,
Abf. Hohenstiege 6.00 Uhr.

J. Schneider, Tel. 3444. (3350)

3358

Süßenluft

Morgen Mittwoch: 3362

Großer Ball.

Marmorsaal.

Freitag, 13. Juni, 8 Uhr,
auf vielseitigen Wunsch
zum 5. Male:

Ernst-Albert-Abend.

Humor in der Natur.

Erlauschtes, Erdichtetes und Er-
lebtes. Alles neue Schlager.

Vorverkauf Ernst Robert, Breite
Straße: 3, 2, 1 Mk. 3352

**HANSA
THEATER**

Dienstag, abends 8 Uhr:
Der lustigste Schwank der
Gegenwart!

So'n Windhund.

Mittwoch } infolge des
Donnerstag } kolbssalen Er-
Freitag } folges!

**Das fabelhafte Militär-
Ausstattungsstück!**

**„Krone
und
Fessel“.**

I. Die Letzten der Strachwitz.
II. Der Verlobungsabend.
III. Das Kriegsgericht.
IV. Die Flucht.
„Alles in Ordnung.“
— Vorzugskarten gültig! —

Stadthallen - Theater

Lübeck. 3346

Dienstag, den 10. Juni:

Filmzauber.

Mittwoch, den 11. Juni

**Als ich noch im
Flügelkleide.**

Aus der Nationalversammlung.

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung

erlebte die zweite Lesung des konstruktiven Teils des Verfassungsentwurfs. Aus den Beschlüssen ist hervorzuheben: Art. 87 wurde in der Fassung der ersten Lesung angenommen, wonach die Post- und Telegraphenverwaltung von Bayern und Württembergs auf das Reich übergehen. Ebenso wird bestimmt, daß im Wege der Verständigung bis zum 1. April 1921 sämtliche Eisenbahnen auf das Reich übergehen sollen. Im Abschnitt "Rechtspflege" entstand eine längere Erörterung über einen sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung der Militärjustiz, der von den Abgg. Dr. Singheimer und Dr. Quard befürwortet wurde. Der Unabhängige Dr. Cohn befürwortete einen Antrag, der außer Aufhebung der Militär- und Ausnahmegerichte forderte, daß die ganze Gerichtsbarkeit auf Grundlage des Gesetzes durch Volksgerichte ausgebaut werde. Für die Befestigung der Militärjustiz trat auch der sozialdemokratische Abg. Dandisohn mit Entschiedenheit ein. Ein abgeänderter Antrag Dr. Quard, daß die Militärjustiz aufzuheben sei, mit Ausnahme von Kriegsverbrechen, wurde angenommen. In einem weiteren Abschnitt wurde hinsichtlich der Volksabstimmung die Fassung beschlossen, daß ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz vor seinem Inkrafttreten zur Volksabstimmung zu bringen ist, wenn es der Reichspräsident binnen eines Monats bestimmt. Das gleiche gilt für die Gesetze, deren Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags aufgeschoben ist, wenn es ein Zwanzigstel (erste Lesung ein Zehntel) der Stimmberechtigten (Wähler) beantragt.

Der Verfassungsausschuss nahm ferner den Artikel 19 in der Fassung eines Antrags Koch-Kajfel (Dem.) an, wonach im Reichsrat jedes Land mindestens eine Stimme hat, bei den größeren Ländern auf je eine Million Einwohner eine Stimme entfällt und kein Land mehr als ein Drittel aller Stimmen haben darf. Außerdem wurde eine Resolution Koch angenommen, die Regierung zu ersuchen, um baldige Vorlage eines Gesetzes, wonach die Staaten unter einer Million Einwohner durch verfassungsgebende Reichsgesetz befreit werden können. Im Abschnitt Reichstag blieb es bei der dreijährigen Legislaturperiode, wie sie in erster Lesung beschlossen worden war.

Ein Antrag Kakensteins (Soz.) forderte grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschüsse. Angenommen wurde ein Antrag Davidsohn (Soz.), wonach wahrheitsgetreue Berichte über die Ausschussverhandlungen des Reichstags straflos sein sollen. Zum Abschnitt "Reichspräsident" wurde beschlossen, daß für die Wahl des Präsidenten die relative Mehrheit entscheiden soll. Bezüglich der Amtsdauer des Reichspräsidenten blieb es bei sieben Jahren, nachdem ein sozialdemokratischer Antrag auf fünf Jahre abgelehnt war.

Der Prozeß Ledebour.

Zu Beginn der Freitagssitzung wurde der Zeuge Thiekenhausen erneut ausgerufen, da sich zwischen seinen Aussagen und denen anderer Zeugen erhebliche Widersprüche ergeben haben. Es gelang nicht, diese Widersprüche zu lösen. Die den Angeklagten Ledebour wohl am schwersten belastenden Aussagen des Zeugen Thiekenhausen, Ledebour habe mit Liebnacht zusammen im Lichtlof des Polizeipräsidiums die Ausgabe von Waffen an Zivilpersonen befohlen und überwacht, wird heute von Thiekenhausen außerordentlich stark eingeschränkt. Der Zeuge muß zugeben, daß er Ledebour nicht mit Liebnacht zusammen im Lichtlof gesehen habe. Er kann auch nicht sagen, daß er Ledebour direkt bei der Waffenverteilung bemerkt hat, wie das früher wohl aus seiner Aussage geschlossen werden konnte. Der Angeklagte richtet eine ganze Reihe von Fragen an den Zeugen und gerät, als dieser ihm ausweicht, in große Erregung, wobei er dem Zeugen den Vorwurf der Lüge macht. Der Vorsitzende rügt diesen Ausbruch. Rechtsanwält Dr. Rosenfeld: Kennen Sie einen Polizeiwachmeister Kaul? Vorsitzender: Ich bitte mir das Ziel dieser Frage anzugeben. Nach den gemachten Erfahrungen kann sich das Gericht nicht der Gefahr aussetzen, daß sich die Beweisaufnahme erneut auf ein Gebiet erstreckt, auf das sie nicht gehört. Rechtsanwält Rosenfeld: Ich möchte das Ziel dieser Frage nicht angeben, sondern den Zeugen in die Lage bringen, mit ja oder nein zu antworten. Es verliert sich bei der Verteidigung immer mehr der Eindruck, daß das Gericht die Verteidigung des Angeklagten in ungläubiger Weise einschränkt. Vorsitzender: Das Gericht kann aber doch die Beweisaufnahme nicht ins Herzeln geraten lassen! Rechtsanwält Herzfeld: Ich bitte die Frage in der geistlichen Form zuzulassen. Die bisherigen Aussagen und das ganze Verhalten des Zeugen Thiekenhausen machen es notwendig, die Frage so zu stellen, daß sich der Zeuge auf ihre Beantwortung nicht vorbereiten

kann. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und verkündet sodann den Beschluß, die Frage in der Form zuzulassen. Zeuge Thiekenhausen: Jawohl, ich kenne einen Herrn Kaul; er ist aber nicht Polizeiwachmeister, sondern Kriminalbeamter. Dr. Rosenfeld: Haben Sie bereits vor der Verurteilung der Polizei Dienste geleistet? Der Zeuge bestreitet dies entschieden.

Zeuge Brühne war bei der Volksmarine-Division. In den kritischen Tagen des Januar, und zwar am 6., hat die Division auf Vorschlag des Zeugen beschlossen, in den Kämpfen zwischen der Regierung und den Spartakisten neutral zu bleiben. Ueber diesen Beschluß hat der Zeuge mit dem Angeklagten gesprochen, und der Angeklagte hat seinem Unwillen über diesen Beschluß Ausdruck gegeben. Im übrigen habe Ledebour wesentlich ausgleichend gewirkt. Waffen habe er nie verteilt.

Schulmann Zischelina bekundet, daß in der Nacht vom 5. zum 6. Januar im Polizeipräsidium entgegen einem nach dem Zeugen Annahme von Eichhorn ausgehenden Befehl Waffen an Zivilisten verteilt worden sind. Die Waffen konnten nicht ausgegeben werden, ohne daß Thiekenhausen einen Schein ausgestellt hätte. Von Thiekenhausen sagt er, daß er der größte Spartakist war, den er je in seinem Leben gesehen hat. Er war sehr viel um Eichhorn und genoss auch das Vertrauen des verstorbenen Polizeipräsidenten. Zeuge will gehört haben, wie Eichhorn einmal über Thiekenhausen sagte: das sei der rechte Mann, den könne man brauchen. Der Zeuge will den Eindruck gewonnen haben, als sei Thiekenhausen der künftige Staatssekretär gewesen. Auf die Frage Ledebours erklärt Thiekenhausen, daß er nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist.

Nach der Mittagspause erscheint der Zeuge Krüger, ein Beamter des Polizeipräsidiums. Er läßt sein Urteil über Thiekenhausen dahin zusammen, daß dieser der Radikalführer der Radikalen war, der es mit der Wahrheit nie so genau nehme, sich der Mordanschuldigung schuldig gemacht habe und ein Hans Dampf in allen Gassen war, dem es gleich war, für wen er arbeite, wenn er nur Geld verdiente.

Dann erscheint der ehemalige Stadtkommandant von Berlin, Leutnant Fischer. Er hatte von der Regierung den Auftrag bekommen, am 5. Januar Eugen Ernst in das Amt des Polizeipräsidenten einzuführen. Als Eichhorn die beiden in sein Zimmer hineinließ, hatte er einen Revolver in der Hand, den er dann aber auf den Tisch legte. Er erklärte, die von Fischer unterschriebene Verfügung nicht anzuerkennen, da der Berliner Volksgarve keine vorgeordnete Behörde sei. Nach einer halbtägigen Unterhandlung kam eine Deputation der auf dem Alexanderplatz wartenden Mannschaften und griff in die Verhandlung ein. Eichhorn erklärte dann nochmals, nur dann seinen Dienst zu verlassen, wenn der Volksgarve oder der Zentralrat dies befehle, andernfalls würde er nur der Gewalt weichen. Darauf verließ der Zeuge mit Eugen Ernst das Polizeipräsidium. Um 6. Januar kam Zeuge Fischer in den Marzfall, wo ihm Liebnacht erklärte, die Regierung werde geführt und man rechne nicht auf allzugroßen Widerstand. Er bat Fischer, nichts zu unternehmen, was ein Blutvergießen zur Folge haben könne. Es wurde die Aufhebung der Marmorbereitschaft verlangt. Man verwehrt aber dem Zeugen, sich zur Ausführung dieses Verlangens in die Kommandantur zu begeben. Fischer wurde dann verhaftet und die Unterschrift unter den Befehl zur Aufhebung der Marmorbereitschaft erzwungen. Von seinem Zimmer aus sah er, wie Zivilisten an Zivilisten Waffen im Hofe des Marzfalls verteilten. Er hat aber keinen Mätkosen gesehen. Später wurde dann von Fischer verlangt, eine Erklärung zu unterschreiben, die besagt, daß er sein Amt als Kommandant niederlege, sich in Schutzhaft befinde und daß er die Kommandantur biete, nichts zu seiner Befreiung zu unternehmen. Gegen 2 Uhr mittags kamen dann die Führer der Mätkosen in den Marzfall und waren sehr empört über die Verhaftung Fischers und über den Verrat Dorenbachs. Diese Führer räumten dann den Marzfall von den Zivilisten. Fischer wurde befreit und erhielt von Scheidemann den Auftrag, sein Amt weiter auszuüben und alles zu tun, um die Ordnung in Berlin wieder herzustellen. Fischer verlangte dagegen von der Regierung die Aufhebung des Schießverbotes. Am nächsten Tage aber schon wurde Fischer von seinem Posten entlassen und durch Rabunde ersetzt. Er selbst erhielt dann Auftrag zur Vorbereitung über die Aktionen zur Niederwerfung des Aufstandes. Die Soldaten verlangten: 1. daß sämtliche besetzten Gebäude ohne Verhandlungen übergeben würden. 2. restliche Abgabe der Waffen, 3. die Festsetzung der Führer. Mit dem letzten Punkt der Forderungen erklärte sich die Regierung nicht einverstanden. Die Empörung der Soldaten gegen Ledebour und Liebnacht war sehr stark. Als diese beiden vor der Kommandantur ihre Brandreden hielten, wollten sie sie sogar erschlagen. Es gelang dem Zeugen jedoch immer wieder, sie zu beruhigen. Nach einer eingehenden Schilderung des Zeugen über die Verhaftung Ledebours und des Kommunisten Dr. Meyer wurde die Verhandlung auf Sonnabend, 9 Uhr, vertagt.

7. Verbandstag der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Zu dem schon erwähnten Geschäftsbericht wurde vom Vorsitzenden Henkel noch betont, daß die Aufgaben, die der letzte Verbandstag im Jahre 1918 dem Vorstand mit auf den Weg gegeben habe, bei weitem nicht erfüllt werden konnten infolge des schnell darauf ausbrechenden Krieges. Das Fleischnetzwerk liege heute stark darnieder, glücklicherweise sei während der letzten Jahre ein starker Anstieg der Großproduktion, Wurstfabrikation und Konservenfabrikation bemerkbar geworden, und das sei sehr gut, da es dadurch möglich war, eine große Zahl älterer Kollegen in Arbeit zu bringen. Erfreulicherweise kann Redner feststellen, daß während der Kriegszeit in vielen Orten die Frauen der zum Kriegsdienst eingezogenen Beamten die Agitations- und Organisationsarbeit geleistet und dadurch den Verband wirksam unterstützt haben.

Die Aussprache über den Vorstandsbericht war z. T. hart und heizend, der politische Standpunkt beider sozialistischen Richtungen prallte dabei hart aufeinander. Zur Hauptsache beschäftigte sich die Debatte mit dem achtjährigen Erscheinen des Fachorgans, mit der Haltung der Generalkommission der G. D., die als Handlanger des Kapitalismus bezeichnet wird. Kritik wird auch an der Haltung der Presse der G. D., wie an den Regierungsmaßnahmen geübt. Betont wird die Notwendigkeit, daß Verbandskollegen mit in die vom Reich bestellten Viehhändlerorganisationen hineinkommen, damit die schlechte Viehverfütterung auf den Transporten aufhört und daß das Vieh in gesundem Zustande an Ort und Stelle ankommt.

Cohen, als Vertreter der Generalkommission, stellt fest, daß auch nicht der Schatten eines Beweises dafür erbracht ist, daß die G. D. die gewerkschaftlichen Interessen irgendwie verletzt habe und der kommende Gewerkschaftskongress unterstehe ja dem Urteil der organisierten Arbeiterschaft.

Mit 26 Stimmen gegen 20 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, in der die Befürworter es als eine Schmach bezeichneten, daß der Verbandstag unter dem Belagerungszustand tagen muß und in der sie denjenigen Sozialisten, die für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes gestimmt haben, ihre Verachtung aussprechen.

Beschlossen wird weiter, daß das Fachorgan auch ferner 14tägig, aber mindestens wöchentlich erscheinen soll.

Zur Sozialisierung im Fleischnetzwerk referierte Schäfer-Hamburg. In der regen Aussprache hielten alle Redner, gleich dem Referenten, die gemeindliche Sozialisierung der Fleischversorgung schon heute für durchführbar und möglich und eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig angenommen. Der Referent betonte, daß sozialisierte Betriebe nur von Bestand sein können, wenn sie besser arbeiten als die früheren Produktionsweise. Um dies zu ermöglichen, muß die Leitung eines sozialisierten Betriebes vor allen Dingen aus erstklassiger sachmännisch gebildeten Beamten bestehen.

Zur Frage der "Arbeitslosigkeit im Beruf" referierte Krause (Vorstandsmitglied). Die Schlachtungen sind in den Monaten Februar und März um 40 Proz. gesunken, die Konservenfabriken arbeiten die Bestände der Kühlhäuser auf und es ist keine Aussicht vorhanden, daß diesen Fabriken weiteres Material ausgehändigt werden kann. Dadurch wird die Arbeitslosigkeit immer größer. Vor allem muß die Blockade aufgehoben werden, nur dadurch ist dieser Zustand zu beheben. Zur Frauenarbeit im Beruf stellt Redner den Grundgedanken auf, daß in allen Sparten des Berufs, in denen vor dem Krieg keine Frauen beschäftigt waren, auch jetzt keine beschäftigt werden sollen. Die Beschäftigung der Frauen während des Krieges dürfe heute nicht weiter gehen, auszunehmen seien die Kriegserwitwen, die unbedingt verdienen müssen.

Zur Lehrlingsfrage stellt der Referent bestimmte Richtlinien auf, in denen gefordert wird, daß bis zur Beilegung der Rationierung und der Freigabe des Rohmaterials keine Lehrlinge eingestellt werden dürfen. Ferner dürfen in Fleischereien ohne Gehilfen keine Lehrlinge gehalten werden. Die höchste Zahl der Lehrlinge ist zwei, wenn gleichzeitig drei Gehilfen dauernd beschäftigt werden. Die Lehrlinge dürfen nur durch den paritätischen bezw. kommunikativen Facharbeitsnachweis vermittelt werden; die Lehrkontrakte sind von dieser Stelle mit zu unterzeichnen. Allen Lehrlingen ist eine wöchentliche Entschädigung zu sichern, die sich jährlich steigert und deren Höhe in den örtlichen Tarifverhandlungen festgelegt wird. Um die Ausbildung besser zu fördern, muß ein Jahr vor Ablauf der Lehrzeit für alle Lehrlinge eine gewissenhafte Vorprüfung stattfinden. Die Schulzeit der Fortbildungsschule ist in die Arbeitszeit zu legen. Wo dies aus örtlichen Gründen nicht möglich ist, hat die Schulzeit als Arbeitszeit zu gelten. Lehrlinge, deren Eltern am Orte der Lehrstelle wohnen, müssen außer Logis beschäftigt werden; hierfür ist der von den

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fr. Kibel-Wainz.

O. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Franz Schwind sei ja dafür bekannt, daß er in der Enttastung der Wahrheit das Auserlesene geleistet, so hätte er auch wohl damals dem verhassten Paul Höfer ein anhängen wollen, um denselben momentan bei den Anwesenden lächerlich zu machen. Bei der Verhandlung wurde deshalb diesen Worten keinerlei Bedeutung beigelegt, um so weniger, als der Angeklagte sich nicht darauf berief, daß der Sohn über die missglückte Werbung ihn zu dem Tatbestand veranlaßt hätte. Diese Werbung würde ihn doch wesentlich entlastet und seine Tat als im höchsten Affekt begangen dargestellt haben — zu jedoch schwierig. Selbst seinem Verteidiger hatte er jede Aufklärung verweigert, so daß derselbe keine anfängliche Absicht, die alten Lamprechts und Dortchen selbst als Entlastungszeugen zu laden, als gegenstandslos aufgegeben hatte. Und Paul nahm sich vor, unter allen Umständen zu schweigen. Sein Leben war nun einmal verpfuscht, sein Glück für alle Zeiten vernichtet, was kümmerte es ihn da, ob seine Strafe hoch oder niedrig ausfiel? Werlich er einst die Gesangsmauern, dann sollte ihn nichts dazu vermögen, wieder in die Heimat zurückzuführen; lieber wollte er nach Amerika auswandern und im fernsten Erdwinkel sein Leben fristen, als zu Hause unter denen, die ihn einst geliebt und geachtet, die sich mit ihm befreundet hatten, wie ein Geächteter herumzugesen, vor dem die Kinder auf der Straße schon ausweichen und sich einander zuflüsteren: „Der hat im Zuchthaus gesessen, weil er an umgebracht hat!“ Selbst der Gedanke an seinen alten Vater machte ihn nicht in diesem Entschluß schwankend — mochte derselbe, wenn er den Sohn nicht entbehren wollte, das Anwesen verkaufen und mit ihm in die Ferne ziehen, wo man von seiner, des Sohnes Schmach, nichts wußte.

Diese Gedanken hatten den Gefangenen während der langen Unternehmung bei Tag und bei Nacht verfolgt; sie quälten ihn jetzt wieder während der ihn betreffenden Schwurgerichtsverhandlung, so daß er an nichts Anteil nahm, was um ihn her vorging. Er sah nicht die zahlreichen Landsleute, die aus Tiefen gekommen waren, um der interessanten Verhandlung gegen einen der ersten Büschen des Dorfes beizuwohnen — sah nicht deren teils neugierig, teils mitleidig auf ihn gerichteten Blicke, ebensowenig wie er den Sinn der Zeugenaussagen und der Rede des Staatsanwalts erfaßte. Nur das dringende Verlangen belebte ihn, daß dieses endlose, von des Saales wiederhallende

Wortgetöse endlich verstummen möge, daß man ihn wieder in seine einsame Zelle zurückbringe, wo er seinen Gedanken ungehört nachhängen konnte und nicht wie ein wildes Tier der öffentlichen Schaulust preisgegeben war.

Die nach der Rede des Staatsanwalts eingetretene lautlose Stille ließ Paul erst aus seinen Sinnen emporfahren. Sein müder Blick richtete sich für einen Moment momenthaft nach dem Zuschauertraum, wo eben eine auffällige Bewegung stattgefunden hatte. Da — wie ein Blitz durchzuckte es ihn — war das Lächeln und die Wirklichkeit? Drängte sich dort in die vorbereiteten Reihen nicht eben eine Gestalt, deren Anblick alles, was in ihm gährte und wühlte, in die ungeheuerste Wallung brachte? Gehörte dies bleiche, hochwichtige Gesicht, die dunklen Augen, die ihn mit einem angriffoll zärtlichen Ausdruck anfaßen, derjenigen, von der sich keine Gedanken nicht losmachen konnten? Starr folgten seine Blicke jeder Bewegung des Mädchens — jetzt sah er, wie sie sich an einen der Gerichtsdienner wandte und von demselben unter lebhafte Gestikulationen offenbar etwas verlangte — er sah, wie der Mann erst mit den Achseln zuckte, dann aber unter Kopfschütteln sich nach dem Sitze des Verteidigers begab und diesem etwas in das Ohr flüsterte — er sah, wie der Verteidiger, ein schon älterer Herr, nach rückwärts ging und einige Worte an Dortchen Lamprecht richtete. An allen Fibern seines Innern bebend, harpte er des Weiteren.

Es war wirklich Dortchen Lamprecht, die sich unter den Zuhörern befand. Vor vierzehn Tagen noch bettlägerig, hatte es sie mit fieberhafter Begierde gepackt, so schnell wie möglich vollständig gesund zu werden, um der Verhandlung gegen Paul Höfer beiwohnen zu können. Mangelnd schickte sie die Tage, die sie noch von dem Termine trennten und bestürmte täglich den Arzt, ihr zu erlauben, das Bett zu verlassen, da sie sich ja vollständig wohl fühle und unbedingt an dem betreffenden Datum in Wiesbaden sein müsse. Dem leidenschaftlichen Drängen hatte der Arzt endlich nachgegeben und hatte sowohl der Mutter Christiane wie auch der God den dringenden Rat erteilt, das Mädchen an seinem Wohnort nicht zu hindern, da sich seiner Ueberzeugung nach alle seelischen Kräfte der Refonaleszentin in dem einen Wunsch konzentrierten und eine Nichterfüllung desselben einen gefährlichen Rückschlag in ihrem körperlichen Befinden zur Folge haben könnte. Und auffallend war die Genesung fortgeschritten, nachdem die Mutter und die God sich mit der Reise nach Wiesbaden einverstanden erklärt hatten. Zuletzt hatte Dortchen die Stunden gezählt bis zur Abfahrt des Zuges, der sie nach der Stadt führen sollte. Was sie dort eigentlich beabsichtigte — sie wußte es selbst nicht — nur das war ihr klar, daß nicht müßige Neugierde sie zu der Schwurgerichtsverhandlung trieb, sondern daß sie unter einem unübersteiglichen Zwange stand, einer inneren Stimme folgen

mußte, die ihr gebot: du mußt die Verzeihung desjenigen erlangen, an dessen Unglück du die meiste Schuld trägst! Mit Zucht und Zagen hatte sie die der Themis geweihten Hallen betreten — die diesen Menschen im Sitzungssaal, die Richter und Anwälte in ihren Amtsröcken, der feierliche Ernst, mit welchem die ganze Verhandlung vor sich ging, hatten sie mit ihrer Ehrfurcht vor der irdischen Gerechtigkeit erfüllt, so daß sie unter Herzklopfen kaum zu atmen wagte.

Als dann zwei Gendarmen den Angeklagten in den Saal führten, und Dortchen das von dem Gram und der Gefängnisluft eingefallene, fahle Gesicht Pauls erblickte, da war ein Zittern über sie gekommen, daß sie sich an die Wand lehnen mußte, um nicht umzufinken. Als dann aber die Zeugenvernehmung und bekannte Namen an ihr Ohr schlugen, als sie genau erfuhr, wie sich jener unglückliche Vorfall abgepielt hatte, als dann der Staatsanwalt in seinem Plädoyer nur Momente hervorhob, welche die Tat so verdammenswert wie nur möglich erscheinen ließen, da horchte sie mit der gespanntesten Aufmerksamkeit auf jede Silbe, vergeblich erhoffend, endlich eine Wendung zu vernehmen, die ein milderer Auffassung der Tat zuließ. Diese, nach ihrer Ansicht einseitige Sucht, unter allen Umständen eine Schuld herauszufinden, oder diese schlimmer darzustellen, als sie war, widerstrebt ihrem ganzen Rechtsempfinden und ordentlich empört wurde sie über den schönen jungen Mann dort oben, der in schwungvoller Rede so schonungslos den Angeklagten so tief wie möglich in das Unglück zu stürzen beabsichtigte. Und hatte der Redner nicht eben etwas von einer missglückten Werbung Pauls gesagt, von der kein Zeuge etwas wisse und mit welcher Franz Schwind seinen Gegner gekämpft habe? Von einer Werbung um ein Mädchen namens Dortchen — wie ein Stich traf sie der Name, als ihn der Staatsanwalt aussprach — über welche Paul Höfer schwieg, trotzdem es ihn entlasten müßte, wenn es zur Kenntnis des Gerichts käme, daß eine solche Werbung erfolgt sei? Warum schwieg er, wenn die offene Wahrheit ihn entlastete und seine Richter milder stimmte? Ohne diesen Gedanken weiter nachzuhängen und ohne sich Rechenschaft darüber zu geben, welche Folgen ihr Beginnen für das Schicksal Pauls haben könnte, nur von dem Orange befeelt, eine mildere Stimmung der Richter für den Angeklagten herbeizuführen, drängte sie sich durch die Zuschauermenge und ersuchte einen Gerichtsdienner, dem Gerichte zu melden, daß sie als Zeugin vernommen werden wolle. Als der Verteidiger dann auf sie trat und sie fragte, was sie vorzubringen habe, da flüsterte sie ihm einige Worte in das Ohr, worauf der alte Herr einige Notizen niederschrieb, sich zu seinem Plaz zurückbegab und den Vorsitzenden um das Wort ersuchte.

Fortsetzung folgt.

Tarifanstalten festgesetzten Geldbetrag an die Lehrlinge wöchentlich zu zahlen.

Eine Entschädigung wurde angenommen, in der es u. a. heißt: Der Verbandstag verpflichtet die Zahlstellen, sofort über- all für die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise einzutreten und sie auf dem flachen Land als Bezirksarbeitsnachweise aus- zubauen. Als Vertreter der Arbeitnehmer in die Verwaltung können nur solche zugelassen werden, die einer freien gewer- schaftlichen Organisation angehören und auch tatsächlich ge- werkschaftliche Grundzüge vertreten. Jeder Ver- schiederung ist aufs schärfste entgegenzutreten.

Der Verbandstag ersucht ferner die Reichsregierung, endlich ein Gesetz zu erlassen, das die gewerkschaftliche Stellen- vermittlung für das ganze Reich verbietet und sämt- lichen Unternehmern die Pflicht auferlegt, den Bedarf an Arbeits- kräften nur bei nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen zu be- friedigen. Beschlüssen wird weiter ein Antrag, daß die voll- ständige Sonntagsruhe im Fleischerhandwerk durch Gesetz festzulegen ist. Die Fleischereibetriebe sind auf die achttündige Arbeitszeit zu kontrollieren.

Zum Punkt: Räte system und die Gewerkschaften referierte Bergmann-Hamburg. Es gelangte einstimmig folgende Reso- lution des Referenten zur Annahme:

Der Verbandstag stellt sich auf den Boden des Räte systems. Er sieht in demselben eine erhebliche Erweiterung der politi- schen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiterschaft.

Sollen die Arbeiterräte ihre Pflichten im Interesse des So- zialismus erfüllen, so sind denselben nicht nur weitgehende wirtschaftliche, sondern auch politische Rechte einzuräumen.

Der Verbandstag sieht in dem Regierungsentwurf des Ge- setzes über die Betriebsräte keine zufriedenstellende Lösung. Er erwartet von der Arbeiterschaft, daß sie alles einsetzt, daß den Arbeiterräten die ihnen auf Grund des Revolutionsrechtes ge- gebene Macht gegeben wird.

Sodann referierte der Vorsitzende Hensel über „Lohn- bewegungen und Tarifverträge“. Der Verband hatte am 31. Juli 1914 bereits 867 Tarifverträge abgeschlossen, unter deren Bestimmungen 4000 Kollegen arbeiteten. Dazu kommen dann die weiteren Abschlüsse mit den Wurst- und Konfekt- fabriken der Kriegsgesellschaften. Nennenswert ist die Zahl der Tarifabschlüsse im ersten Quartal 1919 mit den kommunalen Fleischverarbeitungs- und Wurstfabriken. Unter der neuen Regierung ist beantragt worden, den Tarifabschlüssen gesetzlichen Schutz zu verleihen. Das Reichsarbeitsamt hat heute das Recht, auf Antrag einer Vertragspartei den Tarifvertrag für einen Be- trieb auf ein ganzes Gebiet mit ähnlicher Fabrikationsweise anzunehmen, der dann Geltung hat, ohne daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer besonders daran mitwirken. Die Arbeitsgemein- schaften dürfen nicht dazu dienen, der Arbeiterschaft die Anwendung ihres Kampfmittels, der Streiks, zu erschweren. Auf eine Ein- schränkung des Streikrechts könne die Arbeiterschaft sich nicht ein- lassen.

Abgelehnt wurden mit 25 gegen 23 Stimmen die Anträge Berlin und Leipzig, die alle Kollegen, die sich bei der „Koske- garde“ befinden oder befunden haben, ausschließen wollten. Gegen diese Anträge sprach unter anderen ein Breslauer Delegierter, der ausführt: Hätten wir die „Koskegarde“ nicht oder hätten wir sie nicht gehabt, so wäre Schließen für uns verloren; was dies be- deutet, muß jeder wissen. Keine Kohle haben, bedeutet, daß kein Betrieb aufrecht erhalten werden kann und damit ist die Arbeits- losigkeit mit ihren grauenhaften Folgen da.

Ein Referat über den Gewerkschafts Kongress zog einen Regen von Angriffen über die Haltung der Generalkommission nach sich. So haben Vertreter der Generalkommission, trat diesem entgegen. Da angenommen werden dürfe, daß alle Delegierten ohne gebun- denes Mandat und ohne Voreingenommenheit nach Nürnberg kom- men und nach der Berichterstattung objektiv prüfen werden, so ist es Coblenz feste Überzeugung, daß der Kongress die Haltung der G.-A. während des Krieges in seiner Mehrheit nicht verurteilen wird.

Die von Hamburg gestellten Anträge auf Gründung einer Einheitsorganisation werden den Delegierten Hensel Berlin und Bergmann-Hamburg zur Berücksichtigung über- wiesen.

Zum Schluß erfolgten nur geringfügige Änderungen. Als Vorsitzende mit gleichen Rechten werden Hensel und Krause, als Kassierer Fiedler und als Redakteur Schäfer-Hamburg gewählt.

Wirtschaftliches.

Lohnerhöhung im Ruhrkohlenbergbau.

In den Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Zechenverband kam es zu folgender Vereinbarung: Die Vertreter der Bergarbeiterverbände verpflichten sich, ent- sprechend der am 8. Mai getroffenen Vereinbarung mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die Rohkohlenpreise er- höhung in der schon damals für erforderlich gehaltenen Höhe in vollem Umfange genehmigt wird. Unter dieser Voraussetzung erklären sich die Vertreter des Zechenverbandes bereit, den Ver- bandsmittgliefern zu empfehlen, vom Tage des Eintritts der Kohlenpreiserhöhung (ab 15. Juni) eine Zulage von durch- schnittlich 2 Mark je Mann und Schicht zu gewähren.

Kohlen für Butter.

Aus Essen melden bürgerliche Blätter: Bisher haben sich 60 000 Ruhrbergleute bereit erklärt, die Ueberflüsse an zu verfahren, um die für den Ankauf von Butter in Dänemark erforderlichen Kohlen zu fördern. Die auf diese Weise als Gegenwert aus Dänemark hereinkommende Butter wird zum Teil an die Bergleute, die durch ihre Mehrarbeit die Bezahlung der Butter durch Kohlen und damit die Einfuhr überhaupt ermöglichen, verteilt. Auch aus mehreren anderen kleineren und mittleren Betrieben im rheinisch-westfälischen Industriebezirk wird mitgeteilt, daß sich die Arbeiter vielfach bereit erklärt, zur Hebung der Erzeugung Ueberflüsse zu machen. Vielfach wird in solchen Betrieben bereits mit ander- halb Schicht, d. h. 12 statt 8 Stunden gearbeitet.

Aus Nah und Fern.

Ein Dresdener Bankvorsteher ermordet. In Dresden sind zwei schwere Mordtaten verübt worden, die bisher noch nicht auf- geklärt werden konnten. Das erste Opfer ist der 67jährige Bank- vorstand der Dresdener Privatbank, Kurt v. Wessig, der in den Geschäftsräumen der Bank ermordet aufgefunden worden ist. Der Täter ist unbekannt. Der zweite Mord wurde um die Mitter- nachtsstunde im Großen Garten an dem Droschkentischer Richter verübt.

Lorj — die neue Hamsterware. Die neueste Hamsterei in Ost- friesland ist, wie das „Leerer Anz.“ schreibt, das Lorjhamstern. Aus allen Gegenden Deutschlands kommen Agenten, um allen Lorj, dessen sie nur habhaft werden können, aufzukaufen. Hohe Preise werden schon jetzt dafür bezahlt. — Natürlich nur von ge- wissenlosen Händlern, die sich nachher die Spekulationspreise mit dem „nötigen“ Ausschlag von den Verbrauchern bezahlen lassen. Vielleicht findet man im neuen Deutschland noch ein Mittel, um diesem Treiben die Zwangsjade umzuwerfen.

Für Schlemmer. Vor kurzem wurden einige Edelschwämme durch die Verwaltung des Prinzen Friedrich Heinrich von Preußen zu Schloß Reinhardtshausen in Erbach zur Versteigerung gebracht. Dabei wurden für 1918er Weine sehr hohe Preise erzielt, die

zwischen 24 000 und 32 000 M. für das Stück schwammen, den bisher wohl noch nicht erreichten Preis bei einer Weinversteigerung er- zielte ein Biersteil 1911er Schloß Reinhardtshausener Erbacher Marcobrunn, wofür, auf das Stück gerechnet, rund 280 000 Mark gezahlt wurden, das ergibt für einen Liter 283,67 Mark. — Wenn die Kriegsgewinne nicht über die Grenze gebracht werden können, läßt man sie durch die Gurgel rinnen. Es wird Zeit, diese Herrschaften von ihrer Sorge zu befreien und den Ueberfluß zu beschlagnahmen.

Sprechjaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung gegenüber dem Publikum.)

Lebertran für Kranke.

Demnächst will der Reichsausschuß für Oele und Fette Lebertran zur Verteilung bringen an unterernährte, kranke, flechte Kinder, Frauen und Männer. In seiner Bekanntmachung an die Wiederverkäufer bittet der Ausschuß, sich mit einem geringen Ver- dienste zu begnügen; er lege nämlich Wert darauf, daß der Tran den Kranken und Bedürftigen zu einem erträglichen Preise zuge- führt wird. Der Verkaufspreis ist auf 8,50 M. für ein Pfund (ausschließlich Gefäß) festgesetzt. Es beträgt nun aber der amtlich festgesetzte Höchstpreis in den Apotheken für ein Pfund 8 M. Es kann also von einem Allgemeininteresse, wie der Reichsausschuß sonst Einkaufsgesellschaft, behauptet, nicht die Rede sein. Es wäre ja auch wohl das erste Mal, wo eine der vielen Einkaufsgesell- schaften ihr gutes Herz für das Allgemeininteresse und nicht für den eigenen hohen Nutzen offenbarte. Hans Ehrich.

Ungeziefer in der Schule.

Ist es nicht möglich, daß irgend etwas gemacht wird, damit das eklige Ungeziefer aus der Schule verschwindet. Hat man die Kinder in den Ferien sauber und sie gehen zwei Tage zur Schule, bringen sie gleich wieder etwas mit. Die Vermutung an einzelnen Kindern führt nicht zum Ziel, denn meiner Meinung nach werden die Tiere zu Hause gezüchtet und dann in die Schule ver- schleppt. Die Kriegshinterbliebenen-Frauen mit Kindern sind nicht imstande, das teure Reinigungsmittel zu kaufen. Es muß auf irgend welche Weise Abhilfe geschafft werden. Eine besorgte Mutter.

Ungerechte Zurücksetzung von Kriegsteilnehmern.

Die Kriegsteilnehmer aus dem Beamtenstande haben viel- fach die traurige Erfahrung machen müssen, daß sie hinsichtlich der Beförderung hinter ihren während des Krieges im Umde verblei- benden Kollegen haben zurücksetzen müssen. Einen solchen Fall ungerechter Benachteiligung zweier Kriegsteilnehmer ereignete sich vor kurzem im Bureau der Handelskammer. Dort wurde die neugegründete Wirtschafsstelle mit einem jüngeren Kandidaten besetzt, der wegen Unabkömmlichkeit reklamiert war. Zwei ältere, verheiratete Beamte, Kriegsteilnehmer und ebenfalls Kandidaten, mit mehr als 20jähriger einwandfreier Dienstzeit und demnach größerer Anwartschaft auf diesen Posten, mußten zurücktreten. Ihnen war die Gelegenheit genommen, sich um diesen Posten zu bewerben. Der Grund ist wohl, daß sie sich früher über den Vor- gesetzten beschwert haben. Hoffentlich veranlassen diese Zeiten, daß sich der Beamtenausschuß der beiden zurückgesetzten Beamten annimmt, damit sie die verdiente Vergütung erhalten. Im übrigen zeigt dieser Vorfall, in welchem Abhängigkeitsverhältnis viele Beamte heute noch zu ihren Vorgesetzten stehen. Es ist deshalb an der Zeit, die Rechte der Vorgesetzten mehr einzu- schränken, damit derartige Fälle von Ueberschreitung der Amts- befugnis in Zukunft vermieden werden. 3.

Ausgabe von Kartoffelkarten.

Am Mittwoch an können die in den Einkommensteuer- bezirken 1 und 2 der inneren Stadt Lübeck wohnhaften Haus- haltungsvorstände, soweit ihr Familienname mit M-Z be- ginn, die vom 6. Juli an gültigen Kartoffelkarten und Gut- scheine in der städtischen Kartoffelstelle in Empfang nehmen.

Vorzulegen sind der Nachweis zum Bezuge von Lebens- mitteln, ferner von denjenigen Personen, welche ein Anrecht auf die Gutscheine haben, der Steuerzettel für das laufende Steuer- jahr oder eine Bescheinigung des Steueramtes, monach der In- haber nicht zur Einkommensteuer veranlagt ist. (3363)

Lübeck, den 10. Juni 1919.

Das Landesverwaltungsamt.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß Eingaben wegen Kriegs- steuerungsbezügen und Gebührenfragen den zuständigen Bezirks- kommando vorzulegen und Zuschriften unmittelbar an das Kriegsministerium zwecklos sind, da eine Beantwortung nicht mehr erfolgen kann. (3338)

Bezirkskommando Lübeck.

Umsatzsteueramt.

Die vorgezeichneten Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für Zugzugehörige an dem Monat Mai d. J. sind dem unterzeichneten Umsatzsteuer- amt vor Ablauf des Monats Juni d. J. schriftlich einzu- reichen oder mündlich abzugeben. Vorbrüche können im Steuer- amt, Zimmer Nr. 7, kostenlos entnommen werden.

Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden. (3335)

Lübeck, den 2. Juni 1919.

Das Umsatzsteueramt.

Landesvorstand.

Entia, den 4. Juni 1919.

Auf Grund der Verordnung über die Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November werden mit Zustimmung der Regierung über Bienenhonig fol- gende Bestimmungen getroffen:

1. Die Erzeuger von Bienenhonig haben von jedem überwinter- ten Bienenstock für das ihnen Zuder zur Bienenfütterung zugeweiht worden ist, bis spätestens zum 1. Oktober 1919 an den Landesvorstand in Entia 4 Pfund Bienenhonig abzu- liefern.

2. Der Preis für Bienenhonig wird festgesetzt a) im Großhandel auf 3,50 M. für ein Pfund ausschließ- lich Verpackung, b) im Kleinhandel auf 4,20 M. für ein Pfund ausschließ- lich Verpackung.

Als Kleinhandel gilt der Verkauf an den Verbraucher in Mengen nicht über 5 Pfund.

3. Anordnungen über die Ablieferung von Bienenwachs, ent- sprechend den Anweisungen des Reichs Ernährungsamtes, blei- ben vorbehalten.

4. Die Ausfuhr von Bienenhonig aus dem Bezirk der Provinz Lübeck ist verboten.

Wer diesen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark be- straft. Inhaber werden die betreffenden Personen von dem Bienenstock abgezogen angesehen. (3342)

Dr. Meyer-Robensky

Landesvorstand.

Entia, den 29. Mai 1919.

Der Landesvorstand hat Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Meiereien und Kaufleute nicht die Lebensmittelbücher ihrer Kunden zurückbehalten oder gar in Verwahrung nehmen dürfen. Die Lebensmittelbücher sollen sich stets im Besitze der Verbraucher befinden. (3348)

M a h l s t e d t.

Landesvorstand.

Entia, den 5. Juni 1919.

Vom 10. d. Mts. an wird zwecks Aufbringung von Schlacht- vieh zur Versorgung der Bevölkerung in der Provinz Lübeck von den Landwirten wieder Vieh angefordert werden.

Das angeforderte Vieh muß unter allen Umständen pünktlich geliefert werden. (3344)

M a h l s t e d t.

Schwartau.

Am Mittwoch, dem 11. Juni 1919, werden im Konsum- verein Eier verkauft an die Haushaltungen mit dem Anfangs- buchstaben Q bis Sch von 8 bis 10 Uhr vormittags.

Stadtmagistrat (Ernährungsache).

3361)

Franka.

Bekanntmachung.

Das Schulgeld für die höhe- ren Schulen, das Lehrerjubiläum die Mittel- und Volksschulen für das 1. Vierteljahr 1919/20 kann erst in der Zeit vom 1. bis zum 16. August d. J. er- hoben werden. Die Zahler- mine für die übrigen Viertel- jahre bleiben unverändert. (3334)

Lübeck, den 7. Juni 1919.

Die Ober Schulbehörde.

Paula Tretow

Carl Becker

Verlobte.

Oberwöhlde. Lübeck.

Pfingsten 1919. (3339)

Sophie Höhn

Friedrich Benthien

Verlobte.

Pfingsten 1919. (3347)

Erich Müller

Dora Müller

geh. Wilken.

Vermählte.

Pfingsten 1919. 3319

Für die vielen Kranke und Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode meines lieben Vaters, meines ansehnlichen Vaters, danken herzlichst

Mary. Hansen und Sinder.

Einige Zentner Kunteln zu verkaufen. Das Labakplanzen. 3359) Schwartauer Allee 166.

Sofort ein altes, erfahrene

Tagesmädchen.

3353 Oldorf, Hüftr. 50.

Kriegsbesch. i. einf. möbl. Zimm. t. Schwartau ob. Umg. o. Peni. Umg. m. Preisang. u. L. B. C. a. d. Exp. 3318

Wer hat einen gut erhaltenen

Jackettaozug zu vertausch.

Ang. u. J D 10 a. d. Exp. (3355)

Zu verkaufen 1 zweif. Bett- stelle ohne Matr., 1 Korblehnstuhl, 1 altertümliche Wanduhr. (3348) Schönkampstr. 7b.

Ehrenerklaerung.

Die Beschuldigung wegen Fort- diebstahl an Privatigentum gegen die Stodsdorfer Arbeiter die z. 3. am Ghaussebau W555 beschäftigt sind, erkläre ich als unwahr und daß ich dieselben frei erunden habe. (3320)

Fran Peterson, Curau.

Hilgers Handbuch

der verfassunggebenden

deutschen Nationalver-

sammlung 1919

enthält Lebenslauf und Bilder der

Mitglieder d. Nationalversammlg.

2.50 M.

Buchh. Fr. Meyer u. Co.

Wissen Sie schon das Neueste?

Sie können Schuikrem Pilo jetzt auch in Lübeck überall erhalten. Pilo, der hervor- ragende Oel-Wachs-Schuuputz, ist als beste Marke seit vielen Jahren allseitig anerkannt und im ganzen Reiche eingeführt.

Alleiniger Hersteller von Schuik- krem Pilo: Adolf Krebs, Mannheim. (3330)

Die Nacktheit.

Behördlich freigegeben. 20 verschied. entzückende Akt- und Modestarten. 20 Karten Mt. 3.—, 100 Karten Mt. 12.50. Porto extra. Interessante Bücherliste 30 Pfg. Boreins- dung oder Nachnahme O. Fischer, Berlin-Halensee, Markt- graf-Albrechtstr. 4. Postfach 52040, Berlin. (3322)

Pa. Buchen- u. Kiefernholz

in rm, in Kloben gesägt, grob und feingespalten. liefert durch eigene Sägerei und Spaltvorrichtung frei Haus für den Winterbedarf. 3329

F. W. Tietz, Pelzerstraße 24. Fernruf 948

Universal - Waschpasta

genehmigt vom R. A. Ztr. Mt. 50.—. Wohlriechend, vorzüglich schäumend. Lederfett, Schuhcreme, Carbolineum in hervorragenden Qualitäten prompt lieferbar. Tüchtige Vertreter gesucht. (Z)

C. Hanschild, Altenburg S/M.

3321